

§ 7. Le quota des minimis de sole pour les zones-C.I.M. VIIIa, b est fixé à 14.000 kg. La valeur seuil visé à l'article 8 pour la pêche de la sole, dans les zones-C.I.M. VIIIa, b, est fixé à 8% maximum des captures de sole déjà réalisées pendant le voyage en mer concerné dans la zone concernée.

Lorsque le quota des minimis, visé au premier alinéa, est épuisé, il est interdit à ces navires de pêche jusqu'au 31 décembre 2018 de faire appel au système des minimis pour le sole dans les zones-C.I.M. VIIIa, b. ».

**Art. 3.** Le présent arrêté entre en vigueur le 24 mars 2018. Il cesse d'être en vigueur le 1 janvier 2019.

Bruxelles, 19 mars 2018.

La Ministre flamande de l'Environnement, de la Nature et de l'Agriculture,  
J. SCHAUVLIEGE

## DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

### MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2018/201253]

#### 26. FEBRUAR 2018 — Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

**Artikel 1** - In Artikel 1 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen wird folgende Nummer 5.1 eingefügt:

"5.1 Unterhaltsarbeiten: Maßnahmen zur Vorsorge, Pflege und Wartung an Bestandteilen der geschützten Güter, die der authentischen Überlieferung förderlich sind, das Eintreten von Schäden vermeiden und eingreifende sowie gegebenenfalls kostenintensive Instandsetzungs- und Restaurierungsmaßnahmen in der Regel hinauszögern können;"

**Art. 2** - Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 2 Nummer 5 wird das Wort "schriftliche" durch die Wortfolge "den Eigentümern des zu schützenden Gutes per Einschreiben übermittelte" ersetzt und zwischen die Wortfolgen "an den Eigentümer" und "auf Ortsbegehung" die Wortfolge "des zu schützenden Gutes" eingefügt.

2. In Paragraph 3 wird zwischen die Wörter "Regierung" und "einzureichen" die Wortfolge "anhand eines von ihr festgelegten Formulars" eingefügt.

3. In Paragraph 5 wird die Wortfolge "der Eigentümer" durch die Wortfolge "die betroffenen Eigentümer" ersetzt.

**Art. 3** - Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 5 - Gültigkeit und Verbindlichkeit der vorläufigen Unterschutzstellung

Die vorläufige Unterschutzstellung gilt für höchstens zwölf Monate ab dem Datum der Verabschiedung des entsprechenden Erlasses.

Der Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung ist den betroffenen Eigentümern und den Behörden gegenüber ab der Übermittlung gemäß Artikel 7 § 1 und Dritten gegenüber ab seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* verbindlich."

**Art. 4** - Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Der Eigentümer stellt" durch die Wortfolge "Die von der vorläufigen Unterschutzstellung des Gutes bzw. von dessen Schutzbereich betroffenen Eigentümer stellen" ersetzt und die Wortfolge "übermittelt der Eigentümer" durch die Wortfolge "übermitteln die Eigentümer" ersetzt.

2. In Paragraph 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "haftet der Eigentümer" durch die Wortfolge "haften die Eigentümer" ersetzt.

3. In Paragraph 2 wird nach dem Wort "eingetragen" die Wortfolge "und auszugsweise im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht" eingefügt.

**Art. 5** - Artikel 7 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Paragraph 1 Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen "vorläufigen Unterschutzstellung" und "gleichzeitig" die Wortfolge "per Einschreiben" eingefügt.

2. In Paragraph 1 Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge "dem Eigentümer" durch die Wortfolge "den Eigentümern des vorläufig unter Schutz gestellten Gutes sowie den Eigentümern der in dessen Schutzbereich liegenden Güter" und die Wortfolge "des Eigentümers" durch die Wortfolge "der Eigentümer" ersetzt.

3. Paragraph 1 Absatz 3 wird aufgehoben.

**Art. 6** - Artikel 8 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 1 wird nach dem Wort "Landschaften" die Wortfolge "sowie über ihren Schutzbereich" eingefügt.

2. Paragraph 3 wird wie folgt ersetzt:

" § 3 - Der Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. den Eigentümern des unter Schutz gestellten Gutes;
2. den Eigentümern der in dessen Schutzbereich liegenden Güter;
3. der Kommission;
4. dem zuständigen Gemeindegremium zwecks Bekanntmachung durch Aushang;
5. dem Provinzkollegium;
6. der Regierung der Wallonischen Region.

Diese Mitteilung führt ausdrücklich die Informationspflicht gemäß Artikel 9 auf."

3. Paragraph 4 wird aufgehoben.

**Art. 7** - Artikel 8.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 14. Februar 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 2 Absatz 3 wird folgender Satz eingefügt:

"Diese Mitteilung führt ausdrücklich die Informationspflicht gemäß Artikel 9 auf."

2. In Paragraph 2 Absatz 4 wird folgender Satz eingefügt:

"Diese Mitteilung führt ausdrücklich die Informationspflicht gemäß Artikel 9 auf."

3. In Paragraph 3 wird nach dem Wort "eingetragen" die Wortfolge "und auszugsweise im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht" eingefügt.

4. Folgender Paragraph 4 wird eingefügt:

"§ 4 - Der Erlass zur Eintragung des Schutzbereichs ist den betroffenen Eigentümern und den Behörden gegenüber ab der Übermittlung gemäß Paragraph 2 und Dritten gegenüber ab seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* verbindlich."

**Art. 8** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 8.2 eingefügt:

"Art. 8.2 - Verbindlichkeit der endgültigen Unterschutzstellung

Der Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung ist den betroffenen Eigentümern und den Behörden gegenüber ab der Übermittlung gemäß Artikel 8 § 3 und Dritten gegenüber ab seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* verbindlich."

**Art. 9** - Artikel 9 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Der Eigentümer stellt" durch die Wortfolge "Die von der endgültigen Unterschutzstellung des Gutes bzw. von dessen Schutzbereich betroffenen Eigentümer stellen" ersetzt und die Wortfolge "übermittelt der Eigentümer" durch die Wortfolge "übermitteln die Eigentümer" ersetzt.

2. In Paragraph 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "haftet der Eigentümer" durch die Wortfolge "haften die Eigentümer" ersetzt.

3. In Paragraph 2 wird nach dem Wort "eingetragen" die Wortfolge "und auszugsweise im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht" eingefügt.

**Art. 10** - Artikel 10 § 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Die Regierung kann von dem Eigentümer eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes die Durchführung von Arbeiten zur Vorbeugung der Zerstörung bzw. Beschädigung des Gutes verlangen.

Um einen unmittelbar bevorstehenden Schaden am geschützten Gut, am archäologischen Gut oder an der archäologischen Stätte zu verhindern bzw. um archäologischen Sondierungen vorzubeugen, kann die Regierung die Durchführung von Arbeiten fordern, die von der Genehmigungspflicht gemäß Artikel 13 befreit sind.

Falls der Eigentümer die zur Vorbeugung der Zerstörung bzw. Beschädigung eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes erforderlichen Arbeiten unterlässt, kann - entsprechend den Auflagen der Regierung - die Gemeinschaft, die Provinz oder die Gemeinde an seine Stelle treten und die zur Erhaltung des Gutes erforderlichen vorsorglichen Maßnahmen ergreifen. Die Gemeinde bzw. die Provinz erhält dann die von der Gemeinschaft gewährten Zuschüsse.

Wenn keine Einigung mit dem Eigentümer zustande kommt, werden die aufgewendeten Kosten durch die gemäß Artikel 10.1 hinterlegte Kautions- oder Garantie gedeckt. Die in Absatz 3 erwähnten Behörden können die aufgewendeten nicht durch die Kautions- oder Garantie gedeckten Kosten durch jeglichen Rechtsweg zurückfordern, sofern sie im Interesse des vorläufig oder endgültig geschützten Gutes aufgewendet sind. Wenn das Gut einer privatrechtlichen Person gehört und es sich nicht um Unterhaltsarbeiten handelt, kann diese beantragen, dass die betreffende Behörde ihr Gut erwirbt. In diesem Fall sind von dem Kaufpreis die für die Schutzmaßnahmen eventuell aufgewendeten Kosten abzurechnen."

**Art. 11** - In dasselbe Dekret werden folgende Artikel 10.1 bis 10.3 eingefügt:

"Art. 10.1 - Hinterlegen einer Kautions- oder Garantie

§ 1 - Die Regierung kann den betroffenen Eigentümer verpflichten, eine Kautions- oder Garantie als Sicherheit für die Durchführung der zum Erhalt des vorläufig oder endgültig geschützten Gutes oder zur Vorbeugung seiner Zerstörung bzw. Beschädigung notwendigen Arbeiten zu hinterlegen. Die Höhe der Kautions- oder Garantie ist abhängig von den durchzuführenden Arbeiten.

Nach Wahl des Eigentümers besteht die Sicherheitsleistung in einer Hinterlegung bei der Hinterlegungs- und Konsignationszentrale oder in einer unabhängigen Bankbürgschaft oder jeder sonstigen von der Regierung bestimmten Form der Sicherheitsleistung, und zwar in Höhe des in der Forderung angegebenen Betrags.

Wenn die Sicherheitsleistung in einer Bareinzahlung besteht, ist der Eigentümer verpflichtet, diese jährlich um die während des Vorjahres abgeworfenen Zinsen zu erhöhen. Wenn die Sicherheitsleistung in einer unabhängigen Bankbürgschaft besteht, muss diese zwangsläufig von einem Kreditinstitut ausgegeben werden, das entweder bei der Kommission für das Bank- und Finanzwesen oder bei einer zur Kontrolle der Kreditinstitute befugten Behörde eines Mitgliedstaats der Europäischen Union zugelassen ist.

In begründeten Fällen kann die Regierung den Betrag der Kautions- oder Garantie anpassen.

§ 2 - Die Hinterlegung einer Kautions- oder Garantie sowie die Erstellung einer Hypothek kann gegebenenfalls beim zuständigen Richter eingefordert werden.

§ 3 - Nach Ablauf einer Frist von drei Monaten ab der Feststellung der vorschriftgemäßen Durchführung der durch die Regierung geforderten Arbeiten wird die Sicherheitsleistung freigegeben und werden die eventuell eingebrachten Zinsen zurückerstattet. Eine Freigabe in Teilbeträgen kann vorgesehen werden.

**Art. 10.2** - Förderung von Unterhaltsarbeiten an endgültig geschützten Gütern

§ 1 - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung Zuschüsse für Unterhaltsarbeiten an einem endgültig geschützten Gut gewähren, sofern für diese Unterhaltsarbeiten eine Denkmalgenehmigung vorliegt.

Der Antragsteller reicht einen schriftlichen Antrag auf Bezuschussung bei der Regierung anhand eines von ihr festgelegten Formulars ein. Dem Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. eine Beschreibung in Wort oder Bild, die Positionen und eine Skizze der geplanten Handlungen und Arbeiten gegebenenfalls zuzüglich der einschlägigen technischen Unterlagen;

2. eine aufgeschlüsselte Kostenschätzung mit Angaben zu Fremdleistungen durch spezialisierte Unternehmen einerseits und bei Eigenleistungen Angaben zu den Materialkosten andererseits;

3. eine Abschrift der Städtebaugenehmigung bzw., falls diese nicht erforderlich ist, die entsprechende Rechtfertigung.

§ 2 - Der Zuschuss beträgt 80 % des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der annehmbaren Kosten mit einem maximalen Zuschussbetrag von 22.000 Euro.

Der Zuschuss beträgt 100 % des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der annehmbaren Kosten für Material, Transport und Ausführungsmittel mit einem maximalen Zuschussbetrag von 10.000 Euro, wenn die Arbeiten in Eigenleistung durch den Antragsteller, durch Freiwillige oder durch eine Behörde durchgeführt werden.

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel kann der Höchstbetrag der Zuschüsse mit einem Koeffizienten multipliziert werden.

§ 3 - Nach Abschluss der Arbeiten übermittelt der Antragsteller die Belege für die annehmbaren Kosten.

Die Regierung lässt durch die gemäß Artikel 44 genannten Beamten und Bediensteten vor Ort die Übereinstimmung der Veränderungen mit der Zuschusszusage überprüfen. Insoweit diese Prüfung positiv verläuft, wird der Zuschuss ausbezahlt.

Die Regierung kann den Zuschuss ganz oder teilweise zurückfordern, wenn innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach Auszahlung des Zuschusses ein Verstoß gegen die Zuschussbedingungen festgestellt wird.

Art. 10.3 - Zustandsbericht der endgültig geschützten Güter

Die Regierung kann für jedes endgültig geschützte Gut einen Zustandsbericht anlegen, um eine integrierte Erhaltung des Gutes zu gewährleisten. Der Zustandsbericht besteht aus:

1. einer detaillierten Untersuchung zum Zustand des Gutes;
2. einem Maßnahmenkatalog der notwendigen durchzuführenden Unterhalts- und Restaurierungsarbeiten innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Der Zustandsbericht wird dem Eigentümer des betroffenen Gutes übermittelt und kann alle fünf Jahre aktualisiert werden.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest."

**Art. 12** - In Artikel 12 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets wird nach dem Wort "Unterschutzstellung" die Wortfolge "gemäß Artikel 8.2" eingefügt.

**Art. 13** - Artikel 13 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Paragraphen 1 bis 4 werden wie folgt ersetzt:

" § 1 - Bauliche Veränderungsarbeiten, Unterhaltsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an einem vorläufig oder endgültig geschützten Gut sind genehmigungspflichtig. Dies gilt ebenfalls für das Anbringen von Firmenzeichen und Werbevorrichtungen sowie von Beleuchtung.

Unbeschadet des Paragraphen 3 Absatz 3 sind bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an Gütern, die im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes liegen, genehmigungspflichtig. Dies gilt ebenfalls für das Anbringen von Firmenzeichen und Werbevorrichtungen sowie von Beleuchtung.

Die Regierung erteilt hierfür eine Denkmalgenehmigung. Diese kann an Bedingungen geknüpft sein.

§ 2 - Es obliegt jeder bauwilligen natürlichen oder juristischen Person für jede geplante bauliche Veränderungsarbeit, Unterhaltsarbeit oder Veränderung des Erscheinungsbildes an einem vorläufig oder endgültig geschützten Gut bzw. für jede geplante bauliche Veränderungsarbeit oder Veränderung des Erscheinungsbildes an in dessen Schutzbereich liegenden Gütern die Denkmalgenehmigung per Einschreiben bei der Regierung zu beantragen. Zu diesem Zweck verwendet sie das von der Regierung festgelegte Antragsformular.

Beim Eintreffen eines Antrags auf eine Städtebau- oder Verstädterungsgenehmigung bezüglich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes bzw. eines in dessen Schutzbereich liegenden Gutes setzt das zuständige Gemeindegremium den Antragsteller schriftlich über die Verpflichtung einer Denkmalgenehmigung in Kenntnis. Es übermittelt der Regierung zeitgleich eine Abschrift dieser Mitteilung.

§ 3 - Dem schriftlichen Antrag auf Denkmalgenehmigung werden folgende Unterlagen beigelegt:

1. der Eigentumsnachweis für das betroffene Gut oder eine schriftliche Einwilligung des Eigentümers über die geplanten Arbeiten am betroffenen Gut, falls dieser nicht der Antragsteller ist;
2. eine Beschreibung der geplanten Arbeiten samt aktueller Fotos des betroffenen Gutes und der Teile des Gutes, die von den geplanten Arbeiten betroffen sind;
3. insofern vorhanden, Architektenpläne der geplanten Arbeiten.

Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang des Antrags auf Denkmalgenehmigung fragt die Regierung gegebenenfalls fehlende oder unvollständige Dokumente nach oder fordert weitere Unterlagen an. Liegt der Antrag vollständig vor, übermittelt die Regierung dem Antragsteller eine entsprechende Bescheinigung. Falls die Bescheinigung nicht innerhalb der vorgesehenen Frist übermittelt wurde, gilt der Antrag als vollständig.

Betrifft der Antrag auf Denkmalgenehmigung ein Gut, das im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes liegt, prüft die Regierung innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang des Antrags, ob die beantragten baulichen Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes eine Auswirkung auf den Zeugniswert oder das Erscheinungsbild des vorläufig oder endgültig geschützten Gutes und seines Umfelds haben. Liegt eine solche Auswirkung nicht vor, kann die Regierung entscheiden, dass keine Denkmalgenehmigung erforderlich ist. Dies wird dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt und das Antragsverfahren wird beendet.

Insofern das Antragsverfahren nicht gemäß Absatz 3 beendet wurde, beantragt die Regierung, nachdem sie die Vollständigkeit der Akte bestätigt hat bzw. nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist, innerhalb von 15 Kalendertagen bei der Kommission und dem zuständigen Gemeindegremium ein Gutachten. Das Gutachten des Gemeindegremiums wird nicht beantragt, wenn die Gemeinde selbst Antragstellerin ist.

Die Kommission und das Gemeindegremium verfügen für die Abgabe ihrer Gutachten über 30 Kalendertage ab dem Datum, an dem die Regierung ihnen den Antrag auf Begutachtung übermittelt hat. Geht innerhalb dieser Frist kein Gutachten ein, wird davon ausgegangen, dass die Kommission bzw. das Gemeindegremium der Denkmalgenehmigung zustimmt. Das Gemeindegremium weist in seinem Gutachten auf Unvereinbarkeiten des Vorhabens mit geltenden oder entworfenen Plänen, Verordnungen, Leitfäden oder Schemen, erteilten oder beantragten Genehmigungen oder sonstigen Beschlüssen hin.

Ab dem Erhalt des letzten Gutachtens bzw. ab Ablauf der dreißigtägigen Frist für die Abgabe des letzten Gutachtens verfügt die Regierung über 30 Kalendertage, um einen Beschluss in Bezug auf die Denkmalgenehmigung zu treffen. Wird innerhalb dieser Frist kein Beschluss gefasst, wird davon ausgegangen, dass die Regierung die Denkmalgenehmigung erteilt.

Falls erforderlich, kann die Regierung vor ihrem Beschluss ein Treffen zur Erörterung der Anfrage auf Denkmalgenehmigung mit den betroffenen Akteuren anberaumen.

Der Beschluss der Regierung bezüglich des Antrags auf Denkmalgenehmigung wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Antragsteller;
2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, falls dieser nicht der Antragsteller ist;
3. dem Gemeindegremium;
4. der Regierung der Wallonischen Region.

§ 4 - Binnen 30 Kalendertagen nach Erhalt des Beschlusses der Regierung kann der Antragsteller Einspruch bei der Regierung erheben. Der begründete Einspruch wird per Einschreiben eingereicht. Die Regierung verfügt über 30 Kalendertage, um zu entscheiden. Falls der Beschluss nicht innerhalb der vorgesehenen Frist übermittelt wurde, gilt der in erster Instanz gefasste Beschluss als bestätigt."

2. Folgender Paragraph 4.1 wird eingefügt:

" § 4.1 - Der Antragsteller benachrichtigt die Regierung per Einschreiben acht Kalendertage vor Beginn der Arbeiten.

Eine Bekanntmachung, dass die Genehmigung erteilt worden ist, wird auf dem betroffenen Gut entlang der Straße während der gesamten Dauer der Arbeiten durch den Antragsteller aufgestellt und muss von dort aus lesbar sein.

Die Regierung legt das Muster dieser Bekanntmachung fest."

**Art. 14** - Artikel 15 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Im Falle einer Übertragung des Eigentums eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes oder eines Teils hiervon bzw. eines in dessen Schutzbereich liegenden Gutes oder eines Teils hiervon ist der beurkundende Amtsträger verpflichtet, in der Übertragungsakte zu vermerken, dass das betreffende Gut vorläufig oder endgültig geschützt ist bzw. im Schutzbereich eines geschützten Gutes liegt. Der Übertragungsakte wird eine Abschrift des Unterschutzstellungserlasses beigelegt. Der beurkundende Amtsträger informiert unverzüglich die Regierung und die betroffene Gemeindeverwaltung über die Identität und Adresse des neuen Eigentümers eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes bzw. eines in dessen Schutzbereich liegenden Gutes."

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "eines geschützten Gutes" durch die Wortfolge "eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes oder eines Teils hiervon bzw. eines in dessen Schutzbereich liegenden Gutes oder eines Teils hiervon" ersetzt."

**Art. 15** - Artikel 16 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird zwischen die Wörter "Widerruf" und "der" die Wortfolge "oder Neubewertung" eingefügt.

2. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen "zu widerrufen" und ", wendet die Regierung" die Wortfolge "oder neu zu bewerten" eingefügt.

**Art. 16** - In Artikel 26 Absatz 2 desselben Dekrets wird zwischen den dritten und den vierten Satz folgender Satz eingefügt:

"Der Antrag auf Erlaubnis wird anhand eines von der Regierung festgelegten Formulars eingereicht."

**Art. 17** - In Artikel 35 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekrets wird folgender Satz eingefügt:

"Die Entschädigung wird nur dann gewährt, wenn nach der Meldung des Zufallsfonds die in Artikel 34 § 2 aufgeführten Verpflichtungen eingehalten wurden."

**Art. 18** - Die Überschrift von Kapitel VI desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Kapitel VI - Verschiedene Bestimmungen"

**Art. 19** - In Artikel 42 desselben Dekrets wird die Zahl "14" durch die Zahl "15" ersetzt.

**Art. 20** - In das Kapitel VI desselben Dekrets wird folgender Artikel 42.1 eingefügt:

"Art. 42.1 - Zuschusskontrolle

Die Kontrolle der Verwendung der in Ausführung des vorliegenden Dekrets gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen."

**Art. 21** - In dasselbe Dekret wird nach Kapitel VI folgendes Kapitel VII, das die Artikel 43 bis 46.8 umfasst, eingefügt:

"Kapitel VII - Verstöße und Strafmaßnahmen"

**Art. 22** - Artikel 43 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummern 2 bis 7 werden wie folgt ersetzt:

"2. der beurkundende Amtsträger, der es unterlässt, gemäß Artikel 15 in der Übertragungsakte zu vermerken, dass das betreffende Gut vorläufig oder endgültig geschützt ist oder im Schutzbereich eines geschützten Gutes liegt;

3. wer bauliche Veränderungsarbeiten, Unterhaltsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an einem vorläufig oder endgültig geschützten Gut oder bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an Gütern, die im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes liegen, durchführt, ohne die in Artikel 13 erwähnte Denkmalgenehmigung, nach Verfall oder Aussetzung der Denkmalgenehmigung oder entgegen den darin enthaltenen Vorschriften bzw. ohne den in Artikel 13 § 3 Absatz 3 erwähnten Beschluss zur Befreiung von einer Denkmalgenehmigung;

4. wer bauliche Veränderungsarbeiten, Unterhaltsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an einem vorläufig oder endgültig geschützten Gut oder bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an Gütern, die im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes liegen, aufrechterhält, die ohne die in Artikel 13 erwähnte Denkmalgenehmigung, nach Verfall oder Aussetzung der Denkmalgenehmigung oder entgegen den darin enthaltenen Vorschriften durchgeführt wurden;

5. wer bauliche Veränderungen am vorläufig oder endgültig geschützten Gut entgegen den Vorschriften einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung durchführt oder aufrechterhält;

6. wer es unterlässt, über den Beginn der Arbeiten gemäß den Artikeln 13 § 4.1 und 46.7 § 4 zu informieren;

7. wer es unterlässt, die in Artikel 13 § 4.1 erwähnte Bekanntmachung durchzuführen;

8. wer Veränderungen innerhalb einer in dem Verzeichnis der archäologischen Stätten aufgenommenen archäologischen Stätte durchführt, ohne die in Artikel 25.1 erwähnte Genehmigung, nach Aussetzung der Genehmigung oder entgegen den darin enthaltenen Vorschriften;

9. wer Veränderungen innerhalb einer in dem Verzeichnis der archäologischen Stätten aufgenommenen archäologischen Stätte aufrechterhält, die ohne die in Artikel 25.1 erwähnte Genehmigung, nach Aussetzung der Genehmigung oder entgegen den darin enthaltenen Vorschriften durchgeführt wurden;

10. wer archäologische Sondierungen oder Ausgrabungen ohne die in Artikel 26 vorgesehene Erlaubnis oder entgegen den darin enthaltenen Vorschriften durchführt;

11. wer gegen das in Artikel 29 vorgesehene Verbot der Verwendung eines elektronischen oder magnetischen Suchgeräts verstößt;

12. wer es unterlässt, den in Artikel 34 aufgeführten Verpflichtungen nachzukommen.“

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

“Unbeschadet der Bestimmungen des Strafgesetzbuches können die in Absatz 1 genannten Verstöße folgenden Personen angelastet werden:

1. ihrem Verursacher;

2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, der sie veranlasst, ihnen zugestimmt oder sie geduldet hat.“

**Art. 23** - In Artikel 44 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

“Die Feststellungsprotokolle werden innerhalb von 15 Kalendertagen nach ihrer Erstellung folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Verursacher, das heißt je nach Fall:

a) der Bauherr oder

b) die natürliche oder juristische Person, die die Arbeiten ausführt, oder

c) die Person, die das betroffene Gut nutzt;

2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, falls dieser nicht der Verursacher ist;

3. dem Prokurator des Königs;

4. dem Gemeindegremium;

5. der Regierung der Wallonischen Region.“

**Art. 24** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 45.1 eingefügt:

“Art. 45.1 - Verwarnung vor der Protokollerstellung

Liegt ein in Artikel 43 genannter Verstoß vor, können die in Artikel 44 genannten Beamten und Bediensteten dem Verursacher oder dem Eigentümer des betroffenen Gutes eine Verwarnung aussprechen und eine Frist zur Aufhebung des Verstoßes gewähren.

Wird die Verwarnung mündlich ausgesprochen, bestätigt sie der verwarnende Beamte oder Bedienstete per Einschreiben innerhalb von 15 Kalendertagen.

Nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist wird ein Feststellungsprotokoll gemäß Artikel 44 erstellt.“

**Art. 25** - Artikel 46 Absätze 1 bis 4 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2011, werden wie folgt ersetzt:

“Die in Artikel 44 genannten Beamten und Bediensteten dürfen die Unterbrechung der Arbeiten, die Einstellung der Benutzung des Gebäudes oder die Ausführung von Handlungen an Ort und Stelle anordnen, falls sie feststellen, dass:

1. diese nicht der erteilten Denkmalgenehmigung gemäß Artikel 13, der erteilten Genehmigung für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten gemäß Artikel 25.1 oder der erteilten Erlaubnis für Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen gemäß Artikel 26 entsprechen;

2. diese ohne Denkmalgenehmigung gemäß Artikel 13, ohne Genehmigung für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten gemäß Artikel 25.1 oder ohne Erlaubnis für Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen gemäß Artikel 26 oder entgegen den Vorschriften des vorliegenden Dekrets ausgeführt werden;

3. Zufallsfunde vorliegen, die nicht gemäß Artikel 34 § 1 gemeldet wurden oder bei denen die in Artikel 34 § 2 aufgeführten Verpflichtungen nicht eingehalten wurden.

Unbeschadet des Artikels 35 werden eventuell für den Betroffenen entstehende Kosten nicht entschädigt. Sobald die Anordnung erteilt wurde, wird über jeden Verstoß ein Protokoll verfasst.

Unter Androhung der Nichtigkeit muss die Anordnung innerhalb von sieben Kalendertagen durch die Regierung bestätigt werden.

Das Feststellungsprotokoll und der Bestätigungsbeschluss werden folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Verursacher, das heißt je nach Fall:

a) der Bauherr oder

b) die natürliche oder juristische Person, die die Arbeiten ausführt, oder

c) die Person, die das betroffene Gut nutzt;

2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, falls dieser nicht der Verursacher ist;

3. dem Prokurator des Königs;

4. dem Gemeindegremium;

5. der Regierung der Wallonischen Region.

Der Betreffende kann beim Präsidenten des Gerichts Erster Instanz, in dessen Amtsbereich die Arbeiten und Handlungen ausgeführt wurden, mittels des einstweiligen Verfahrens die Aufhebung der Maßnahmen beantragen. Teil IV Buch II Titel VI des Gerichtsgesetzbuches ist bei der Einreichung und der Bearbeitung des Antrags anwendbar.“

**Art. 26** - In dasselbe Dekret werden folgende Artikel 46.1 bis 46.8 eingefügt:

“Art. 46.1 - Maßnahmen nach der Protokollerstellung

Hat der Prokurator des Königs innerhalb von 60 Kalendertagen nach der an ihn gerichteten Anfrage nicht seine Absicht mitgeteilt, den festgestellten Verstoß strafrechtlich zu verfolgen, kann die Regierung:

1. das Verfahren zur Konformitätsprüfung gemäß Artikel 46.2 einleiten oder

2. Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel 46.3 treffen und/oder unmittelbar eine administrative Geldbuße gemäß Artikel 46.4 auferlegen.

## Art. 46.2 - Konformitätsprüfung und Vergleich

§ 1 - Beschließt die Regierung, gemäß Artikel 46.1 das Verfahren zur Konformitätsprüfung einzuleiten, fordern die in Artikel 44 genannten Beamten und Bediensteten den Verursacher und gegebenenfalls den Eigentümer des betroffenen Gutes auf, innerhalb einer von ihnen festgelegten Frist einen Antrag auf Konformitätsprüfung einzureichen. Hierbei ist, je nach Fall, das für Anträge auf Denkmalgenehmigung gemäß Artikel 13, auf Genehmigung für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten gemäß Artikel 25.1 oder auf Erlaubnis für Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen gemäß Artikel 26 vorgesehene Verfahren anwendbar.

Die Aufforderung kann einen Anpassungsvorschlag der gemäß Artikel 43 rechtswidrig durchgeführten Veränderungen oder Arbeiten enthalten, der im einzureichenden Antrag berücksichtigt wird.

Im eingereichten Antrag wird darauf hingewiesen, dass es sich um einen Antrag auf Konformitätsprüfung im Sinne des vorliegenden Artikels handelt.

§ 2 - In ihrem Konformitätsbeschluss kann die Regierung feststellen, dass die gemäß Artikel 43 rechtswidrig durchgeführten Veränderungen oder Arbeiten:

1. unverändert, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von im Beschluss festgelegten Bedingungen, nachträglich genehmigt werden können;
2. mittels Durchführung von Abänderungsarbeiten, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von im Beschluss festgesetzten Bedingungen, nachträglich genehmigt werden können;
3. nicht nachträglich genehmigt werden können.

§ 3 - In dem in Paragraph 2 Nummer 1 erwähnten Fall schlägt die Regierung einen Vergleich vor. Der Vergleich erfolgt durch Zahlung eines Geldbetrags gemäß der in Paragraph 9 festgelegten Berechnung.

Die Regierung bestimmt die Frist, innerhalb der die Zahlung des Geldbetrags zu erfolgen hat, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf. Die Zahlung des Vergleichsbetrags erfolgt zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Ab Erhalt des Vergleichsbetrags wird der Konformitätsbeschluss rechtskräftig und gilt als Genehmigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26.

Die öffentliche Anklage und das Recht der Regierung, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfallen durch die Zahlung des Vergleichsbetrags.

§ 4 - In dem in Paragraph 2 Nummer 2 erwähnten Fall schlägt die Regierung einen Vergleich vor. Der Vergleich erfolgt durch die Zahlung eines Geldbetrags gemäß der in Paragraph 9 festgelegten Berechnung und die Durchführung der Abänderungsarbeiten.

Die Regierung bestimmt die Frist, innerhalb der die Zahlung des Geldbetrags zu erfolgen hat, sowie die Frist zur Durchführung der Abänderungsarbeiten, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf. Die Zahlung des Vergleichsbetrags erfolgt zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Antragsteller informiert die Regierung über die Fertigstellung der durchzuführenden Abänderungsarbeiten innerhalb von 15 Kalendertagen nach der erwähnten Fertigstellung. Die Konformitätskontrolle der Abänderungsarbeiten findet innerhalb von 60 Kalendertagen nach Erhalt der Information durch die Regierung statt. Bei Nichtdurchführung der Konformitätskontrolle innerhalb der angegebenen Frist gelten die Abänderungsarbeiten als konform.

Ab Erhalt des Vergleichsbetrags und Vorlage der Konformitätsbescheinigung der durchzuführenden Abänderungsarbeiten bzw. nach Ablauf der Frist zur Durchführung der Konformitätskontrolle wird der Konformitätsbeschluss rechtskräftig und gilt als Genehmigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26.

Die öffentliche Anklage und das Recht der Regierung, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfallen durch die Zahlung des Vergleichsbetrags und die konforme Durchführung der Abänderungsarbeiten.

§ 5 - In dem in Paragraph 2 Nummer 3 erwähnten Fall fordert die Regierung die vollständige oder teilweise Rückführung in den ursprünglichen Zustand innerhalb einer von ihr festgelegten Frist, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf.

§ 6 - Der Konformitätsbeschluss wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Antragsteller;
2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, falls dieser nicht der Antragsteller ist;
3. dem Prokurator des Königs;
4. dem Gemeindegremium;
5. der Regierung der Wallonischen Region.

§ 7 - Binnen 30 Kalendertagen nach Erhalt des Konformitätsbeschlusses kann der Antragsteller Einspruch bei der Regierung erheben. Der begründete Einspruch wird per Einschreiben eingereicht. Die Regierung verfügt über 30 Kalendertage, um zu entscheiden. Falls der Beschluss nicht innerhalb der vorgesehenen Frist übermittelt wurde, gilt der in erster Instanz gefasste Beschluss als bestätigt.

§ 8 - Jeder Antrag auf Genemigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26, der sich auf Handlungen oder Arbeiten bezieht, für die ein Feststellungsprotokoll gemäß den Artikeln 44 oder 46 übermittelt wurde und der nicht im Rahmen einer Konformitätsprüfung gemäß dem vorliegenden Artikel eingereicht wurde, wird so lange als unzulässig erklärt, bis:

1. ein rechtskräftiger Konformitätsbeschluss gemäß den Paragraphen 3 oder 4 vorliegt;
2. die Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel 46.3 durch die Regierung bestätigt wurde;
3. die Zahlung einer administrativen Geldbuße gemäß Artikel 46.4 durch die Regierung bestätigt wurde;
4. ein rechtskräftiges Urteil gemäß Artikel 46.7 gefällt wurde.

§ 9 - Der in den Paragraphen 3 und 4 erwähnte Vergleichsbetrag wird wie folgt berechnet, ohne dass dieser Betrag unter 250 Euro liegen oder 25.000 Euro überschreiten darf:

1. Bau, Wiederaufbau oder Erweiterung von zu Wohnzwecken bestimmten Gebäuden, von landwirtschaftlich genutzten Gebäuden, von Nebengebäuden, von Anbauvolumen oder getrennten Nebenvolumen, beispielsweise Kellergeschosse, Garagen, Veranden, Treibhäuser, Gartenlauben, Tierhütten: 50 Euro pro von außen gemessenen m<sup>3</sup>;
2. Bau, Wiederaufbau oder Erweiterung von industriell, gewerblich, beruflich oder als Büro genutzten Gebäuden: 100 Euro pro von außen gemessenen m<sup>3</sup>;
3. Aufstellen ortsfester Einrichtungen: 200 Euro pro m<sup>2</sup> Grundfläche oder 200 Euro pro in der Höhe berechneten laufenden Meter, wobei der Höchstbetrag angewandt wird;
4. Anbringen von Firmenzeichen und Werbevorrichtungen: 200 Euro pro m<sup>2</sup>;
5. Abbruch: 50 Euro pro m<sup>2</sup> Grundfläche;

6. Umbau eines gebauten oder zu bauenden Gebäudes, der seine Tragstruktur betrifft: 500 Euro;
7. Umbau eines gebauten oder zu bauenden Gebäudes, der eine Änderung der Volumetrie bewirkt: 50 Euro pro von außen gemessenen m<sup>3</sup>;
8. Änderung des Aussehens der Dachmaterialien oder des Verblendwerkstoffs des aufgehenden Bauwerks: 50 Euro pro m<sup>2</sup>;
9. Öffnung, Veränderung oder Absperrungen von Ausschnitten in der Dachfläche oder in aufgehenden Mauerwerken: 500 Euro pro Ausschnitt;
10. Ersetzen von Fenster- bzw. Außentürrahmen: 500 Euro pro Tür oder Fensterrahmen;
11. bedeutende Veränderung des Bodenreliefs, einschließlich der Wasserstaubecken oder Ausschachtungen: 20 Euro pro m<sup>3</sup>;
12. Aufforstung und Abholzung: 20 Euro pro m<sup>2</sup> aufgeforstete oder abgeholzte Fläche;
13. Fällen von Bäumen oder Hecken: 500 Euro pro Baum oder 50 Euro pro laufenden Meter gefällter Hecke;
14. Veränderung des Aussehens von Bäumen oder Hecken: 250 Euro pro Baum oder 25 Euro pro laufenden Meter Hecke;
15. Rodung oder Veränderung der Vegetation: 50 Euro pro m<sup>2</sup> gerodeter oder veränderter Fläche;
16. Abstellen von Altfahrzeugen: 200 Euro pro Fahrzeug
17. Abstellen von Schrott, Materialien oder Abfall: 50 Euro pro m<sup>3</sup>;
18. Aufstellung von beweglichen Vorrichtungen, wie Wohnwagen, Campingwagen und Zelten: 200 Euro pro Vorrichtung;
19. Bau von Mauern: 200 Euro pro laufenden Meter;
20. Anlage von Zäunen: 50 Euro pro laufenden Meter;
21. Anlage von Portalrahmen oder Toren: 500 Euro pro Portalrahmen oder Tor;
22. Bau von Kunstbauwerken wie Brücken, Tunnel, Straßen, Kanalisationen: 20 % der veranschlagten Kosten der Arbeiten;
23. Unterlassung der Beantragung einer Genehmigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26: 250 Euro;
24. Ausführung von Handlungen oder Arbeiten, die nicht in den Nummern 1 bis 24 erwähnt sind: mindestens 250 Euro bis höchstens 25.000 Euro.

Die in Absatz 1 erwähnten Beträge werden am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage des Index der Verbraucherpreise angepasst. Diese Anpassung darf nicht zur Überschreitung des Betrags von 25.000 Euro führen.

Die in Absatz 1 erwähnten Beträge werden mit einem Koeffizienten von 0,5 versehen, wenn es sich um Güter handelt, die im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes liegen.

#### Art. 46.3 - Verwaltungsmaßnahmen nach der Protokollerstellung

§ 1 - Beschließt die Regierung, gemäß Artikel 46.1 Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, kann sie auf Vorschlag des protokollierenden Beamten oder Bediensteten und unbeschadet der anderen in vorliegendem Kapitel vorgesehenen Maßnahmen:

1. die vollständige oder teilweise Rückführung in den ursprünglichen Zustand bzw. die Durchführung von Abänderungsmaßnahmen innerhalb einer von ihr festgelegten Frist anordnen, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf;
2. das betroffene Gut versiegeln und, wenn nötig, seine sofortige vorübergehende Schließung vornehmen;
3. jede sonstige nützliche Maßnahme treffen, um einen Schaden am geschützten Gut, an einem archäologischen Gut, einer archäologischen Stätte oder einer archäologischen Sondierung zu beseitigen oder zu verhindern.

Der Beschluss der Regierung gilt als Genehmigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26.

§ 2 - Beschließt die Regierung, dass Verwaltungsmaßnahmen getroffen werden, teilt sie dem Verursacher per Einschreiben Folgendes mit:

1. die Taten und ihre Qualifizierung;
2. dass der Verursacher die Möglichkeit hat, seine Verteidigungsmittel binnen einer Frist von 15 Kalendertagen ab dem Tag der Notifizierung per Einschreiben darzulegen, und dass er bei dieser Gelegenheit das Recht hat, die Regierung zu bitten, sich mündlich zu verteidigen;
3. dass der Verursacher das Recht hat, sich von einem Beistand beistehen oder vertreten zu lassen;
4. dass der Verursacher das Recht auf Akteneinsicht hat;
5. eine Abschrift des Feststellungsprotokolls.

Die Regierung bestimmt den Tag, an dem der Verursacher aufgefordert wird, sich mündlich zu verteidigen.

§ 3 - Nach Ablauf der in Paragraph 2 Nummer 2 festgelegten Frist oder vor Ablauf dieser Frist, wenn der Verursacher wissen lässt, dass er die Taten nicht bestreitet, oder gegebenenfalls nach mündlicher oder schriftlicher Verteidigung der Sache durch den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand kann die Regierung die Verwaltungsmaßnahme auferlegen.

§ 4 - Der Beschluss der Regierung wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Verursacher, das heißt je nach Fall:
  - a) der Bauherr oder
  - b) die natürliche oder juristische Person, die die Arbeiten ausführt, oder
  - c) die Person, die das betroffene Gut nutzt;
2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, falls dieser nicht der Verursacher ist;
3. dem Prokurator des Königs;
4. dem Gemeindegremium;
5. der Regierung der Wallonischen Region.

§ 5 - Der Verursacher kann durch einen beim Korrekionalgericht schriftlich eingereichten Antrag binnen 30 Kalendertagen nach Übermittlung des Beschlusses Beschwerde einlegen. Der Antrag führt die Identität und die Anschrift des Zuwiderhandelnden, die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die entsprechenden Anfechtungsgründe auf.

Das Korrekionalgericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit der angeordneten Verwaltungsmaßnahme.

§ 6 - Wenn der Verursacher es versäumt, die zum Schutz des Gutes notwendigen Maßnahmen innerhalb der vorgegebenen Frist durchzuführen, kann die Regierung die angeordnete Maßnahme zulasten des Verursachers von Amts wegen durchführen.

Die Regierung kann den Verursacher verpflichten, gemäß den in Artikel 10.1 festgelegten Modalitäten eine Kautions- oder Garantie als Sicherheit für die durchzuführenden Arbeiten zu hinterlegen.

Art. 46.4 - Auferlegung der administrativen Geldbußen

§ 1 - Die festgestellten Verstöße werden mittels administrativer Geldbußen verfolgt, außer wenn:

1. der Prokurator des Königs innerhalb von 60 Kalendertagen nach der an ihn gerichteten Anfrage seine Absicht mitgeteilt hat, den festgestellten Verstoß strafrechtlich zu verfolgen;
2. ein rechtskräftiger Konformitätsbeschluss gemäß Artikel 46.2 §§ 3 oder 4 vorliegt.

Die Strafverfolgung und der Vergleich schließen jeweils die Auferlegung einer administrativen Geldbuße aus.

§ 2 - Die administrative Geldbuße beträgt mindestens 250 Euro und höchstens 50.000 Euro.

Wenn binnen fünf Jahren nach Erstellung des Feststellungsprotokolls ein neuer Verstoß festgestellt wird, wird die in Absatz 1 erwähnte Geldbuße verdoppelt.

§ 3 - Die Regierung verfügt über eine Frist von sechs Monaten ab Erhalt des Feststellungsprotokolls des Verstoßes bzw. ab Ablauf der Frist gemäß Artikel 46.2 § 1, § 3 Absatz 2 oder § 4 Absatz 2, um eine administrative Geldbuße aufzuerlegen.

§ 4 - Beschließt die Regierung, dass ein Verwaltungsverfahren eingeleitet wird, teilt sie dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben Folgendes mit:

1. die Taten und ihre Qualifizierung;
2. dass der Zuwiderhandelnde die Möglichkeit hat, seine Verteidigungsmittel binnen einer Frist von 15 Kalendertagen ab dem Tag der Notifizierung per Einschreiben darzulegen, und dass er bei dieser Gelegenheit das Recht hat, die Regierung zu bitten, sich mündlich zu verteidigen;
3. dass der Zuwiderhandelnde das Recht hat, sich von einem Beistand beistehen oder vertreten zu lassen;
4. dass der Zuwiderhandelnde das Recht auf Akteneinsicht hat;
5. eine Abschrift des Feststellungsprotokolls.

Die Regierung bestimmt den Tag, an dem der Zuwiderhandelnde aufgefordert wird, sich mündlich zu verteidigen.

§ 5 - Nach Ablauf der in Paragraph 4 Nummer 2 festgelegten Frist oder vor Ablauf dieser Frist, wenn der Zuwiderhandelnde wissen lässt, dass er die Taten nicht bestreitet, oder gegebenenfalls nach mündlicher oder schriftlicher Verteidigung der Sache durch den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand kann die Regierung die administrative Geldbuße auferlegen.

Die Regierung notifiziert dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben ihren Beschluss.

In der Notifizierung werden auch die in den Artikeln 9 § 1, 10 und 12 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten erwähnten Informationen angegeben.

§ 6 - Der Beschluss zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße ist nach Ablauf einer Frist von 30 Kalendertagen ab dem Tag seiner Notifizierung vollstreckbar, es sei denn, gemäß Paragraph 7 wird Beschwerde eingelegt.

Die administrative Geldbuße wird zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingezogen.

Sie wird innerhalb von 30 Kalendertagen nach dem Tag, an dem der Beschluss vollstreckbar geworden ist, durch Einzahlung oder Überweisung auf ein Konto der Regierung anhand eines Einzahlungs- oder Überweisungsformulars beglichen.

Die auferlegte administrative Geldbuße ist nicht steuerlich abzugsfähig.

§ 7 - Der Zuwiderhandelnde kann durch einen beim Korrekionalgericht schriftlich eingereichten Antrag binnen 30 Kalendertagen nach Notifizierung des Beschlusses Beschwerde einlegen. Der Antrag führt die Identität und die Anschrift des Zuwiderhandelnden, die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die entsprechenden Anfechtungsgründe auf.

Das Korrekionalgericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit und die Verhältnismäßigkeit der auferlegten Geldbuße. Es kann den Beschluss der Regierung entweder bestätigen oder abändern.

Gegen die Entscheidung des Korrekionalgerichts kann keine Berufung eingelegt werden.

Art. 46.5 - Einforderung der administrativen Geldbußen

Die Regierung bestellt die mit der Eintreibung der unstrittigen und fälligen administrativen Geldbußen sowie der eventuell entstandenen Eintreibungskosten beauftragten Personen.

Die in Absatz 1 erwähnten Personen sind dazu befugt:

1. einen Zahlungsbefehl auszustellen;
2. den Zahlungsbefehl zu visieren, für vollstreckbar zu erklären und dem Zuwiderhandelnden gegebenenfalls per Gerichtsvollzieher zuzustellen;
3. den Schuldnern, die eine besondere Notlage nachweisen können, einen Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zu gewähren.

Art. 46.6 - Verjährung der administrativen Geldbußen

Die administrativen Geldbußen verjähren in fünf Jahren ab dem Datum, an dem sie gezahlt werden müssen.

Diese Frist kann unterbrochen werden, entweder wie in den Artikeln 2244 und folgende des Zivilgesetzbuches vorgesehen oder durch einen Verzicht auf die eingetretene Verjährung. Wird die Verjährung unterbrochen, tritt fünf Jahre nach der letzten Handlung mit Unterbrechung der vorherigen Verjährung eine neue Verjährung ein, die auf dieselbe Weise unterbrochen werden kann, wenn kein Prozess anhängig ist.

Art. 46.7 - Gerichtliche Verfolgung

§ 1 - Ungeachtet der anderen in vorliegendem Kapitel vorgesehenen Maßnahmen kann die Regierung bezüglich der in Artikel 43 genannten Verstöße vor dem Korrekionalgericht fordern, dass:

1. das Gut in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird;
2. Abänderungsarbeiten ausgeführt werden.

Zusätzlich zur Strafe befiehlt das Gericht auf Anfrage der Regierung die geforderte Wiedergutmachungsmaßnahme. Das Gericht legt zu diesem Zweck eine Frist fest, die zwölf Monate nicht überschreiten darf.

Die Rechte der Zivilpartei beschränken sich auf die von der Regierung gewählte Maßnahme, unbeschadet des Rechts auf Schadenersatz zulasten des Verurteilten.



§ 2 - Hat der Prokurator des Königs innerhalb von 60 Kalendertagen nach der an ihn gerichteten Anfrage nicht seine Absicht mitgeteilt, den festgestellten Verstoß strafrechtlich zu verfolgen, kann die Regierung bezüglich der in Artikel 43 genannten Verstöße vor dem Zivilgericht fordern, dass:

1. das Gut in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird;
2. Abänderungsarbeiten ausgeführt werden.

Das Gericht befiehlt auf Anfrage der Regierung die geforderte Wiedergutmachungsmaßnahme. Das Gericht legt zu diesem Zweck eine Frist fest, die zwölf Monate nicht überschreiten darf.

Die Rechte des entweder zusammen mit der Regierung oder getrennt handelnden Drittgeschädigten beschränken sich auf die von der Regierung gewählte Maßnahme, unbeschadet des Rechts auf Schadenersatz zulasten des Verurteilten.

§ 3 - Unbeschadet der Anwendung von Teil IV Buch IV Kapitel XXIII des Gerichtsgesetzbuches verordnet das Urteil für den Fall, dass der Ort nicht wieder in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird oder die Abänderungsarbeiten nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen ausgeführt werden, dass die Regierung und eventuell die Zivilpartei von Amts wegen für die Vollstreckung des Urteils sorgen können.

Die Regierung oder die Zivilpartei, die das Urteil vollstreckt, hat das Recht die Materialien und die Gegenstände, die aus der Wiederinstandsetzung der Räumlichkeiten des Ortes hervorgehen, zu verkaufen, zu transportieren, einzulagern und an einem frei gewählten Ort zu vernichten.

Der Verurteilte wird zur Rückzahlung aller Ausführungskosten gezwungen, abzüglich des beim Verkauf der Materialien und Gegenstände erzielten Preises, gegen Vorlage einer taxierten Abrechnung. Diese Strafe wird vom Pfändungsrichter vollstreckt.

§ 4 - Der Verurteilte benachrichtigt die Regierung per Einschreiben acht Kalendertage vor Beginn der Arbeiten.

Eine Bekanntmachung, dass die Arbeiten auf Grundlage des vorliegenden Artikels erfolgen, wird auf dem betroffenen Gut entlang der Straße während der gesamten Dauer der Arbeiten durch den Verurteilten aufgestellt und muss von dort aus lesbar sein.

Die Regierung legt das Muster dieser Bekanntmachung fest.

Art. 46.8 - Eintragung beim Hypothekenamt

Die in Anwendung von Artikel 46.7 § 1 vorgesehene Vorladung vor dem Korrektionalgericht oder die in Anwendung von Artikel 46.7 § 2 vorgesehene verfahrenseinleitende Gerichtsvollzieherurkunde wird auf Veranlassung des Gerichts-vollziehers, der die Urkunde ausstellte, beim Hypothekenamt des Gebiets eingetragen, in dem das betroffene Gut liegt.

Die Vorladung oder die Urkunde führt die Katasterbezeichnung des betroffenen Gutes an, das Gegenstand des Verstoßes ist, und identifiziert dessen Eigentümer in der gemäß Artikel 139 des Hypothekengesetzes vom 16. Dezember 1851 vorgegebenen Form.

Folgendes wird gemäß dem in Artikel 84 des Hypothekengesetzes vom 16. Dezember 1851 vorgesehenen Verfahren am Rande des Eintrags der Vorladung oder der Urkunde vermerkt:

1. jegliche in dieser Sache gefällte Entscheidung;
2. die Bescheinigung der Regierung, in der festgestellt wird, dass:
  - a) das Urteil vollstreckt wurde;
  - b) ein rechtskräftiger Konformitätsbeschluss gemäß Artikel 46.2 §§ 3 oder 4 vorliegt;
  - c) der Verursacher die Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel 46.3 durchgeführt hat.

Müssen die Regierung oder Dritte infolge der Untätigkeit des Verurteilten die Vollstreckung des Urteils vornehmen, wird die aus diesem Grund zu ihren Gunsten entstandene Forderung durch eine gesetzliche Hypothek garantiert, deren Eintragung, Erneuerung, Reduzierung und gesamte oder teilweise Streichung gemäß den Bestimmungen der Kapitel IV und V des Hypothekengesetzes vom 16. Dezember 1851 vorgenommen werden.

Diese Garantie deckt auch die Schuldforderung aufgrund der Kosten der hypothekarischen Formalitäten, die durch sie vorgestreckt wurden und die zulasten des Verurteilten fallen."

**Art. 27** - In dasselbe Dekret wird nach Kapitel VII folgendes Kapitel VIII, das die Artikel 47 bis 55 umfasst, eingefügt:

"Kapitel VIII - Schlussbestimmungen"

**Art. 28** - Artikel 53 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 und 2 werden zu Paragraf 1 Absätze 1 und 2.
2. Folgender Paragraf 2 wird eingefügt:

"§ 2 - Die zum 31. März 2018 laufenden Verfahren werden gemäß den zu diesem Zeitpunkt gültigen Vorschriften weitergeführt."

**Art. 29** - Vorliegendes Dekret tritt am 1. April 2018 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht wird.  
Eupen, den 26. Februar 2018

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—  
Fußnote

Sitzungsperiode 2017-2018

Nummerierte Dokumente: 199 (2017-2018) Nr. 1 Dekretentwurf

199 (2017-2018) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

199 (2017-2018) Nr. 3 Bericht

Ausführlicher Bericht: 26. Februar 2018 - Nr. 49 Diskussion und Abstimmung

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2018/201253]

**26 FEVRIER 2018. — Décret modifiant le décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

**Article 1<sup>er</sup>** - L'article 1<sup>er</sup> du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles est complété par un 5.1<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 5.1<sup>o</sup> travaux d'entretien : mesures de prévention, d'entretien et de maintenance qui sont réalisées sur les éléments constitutifs des biens classés, sont propices à une transmission authentique, préviennent l'apparition de dommages et retardent généralement la mise en œuvre de mesures de remise en état et de restauration lourdes et, le cas échéant, extrêmement coûteuses; ».

**Art. 2** - À l'article 3 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 2, 5<sup>o</sup>, les mots « écrite sur » sont remplacés par les mots « communiquée par recommandé aux propriétaires du bien à classer et relative à » et les mots « du bien à classer » sont insérés entre les mots « au propriétaire » et « de se rendre sur place »;

2<sup>o</sup> le § 3 est complété par les mots « au moyen d'un formulaire fixé par lui »;

3<sup>o</sup> dans le § 5, les mots « le propriétaire » sont remplacés par les mots « les propriétaires concernés ».

**Art. 3** - L'article 5 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« **Art. 5** - *Validité et caractère contraignant du classement provisoire*

Le classement provisoire est valable pour douze mois au plus à dater de l'adoption de l'arrêté y relatif.

L'arrêté relatif au classement provisoire est contraignant pour le propriétaire concerné et les autorités dès sa transmission conformément à l'article 7, § 1<sup>er</sup>, et pour les tiers, dès sa publication au *Moniteur belge*. »

**Art. 4** - À l'article 6 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots " le propriétaire notifie » sont remplacés par les mots « les propriétaires concernés par le classement provisoire du bien ou par sa zone de protection notifient » et les mots « le propriétaire transmet » par les mots « les propriétaires transmettent »;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots « le propriétaire est solidairement responsable » sont remplacés par les mots « les propriétaires sont solidairement responsables »;

3<sup>o</sup> le § 2 est complété par les mots " et publié au *Moniteur belge* sous forme d'extrait ».

**Art. 5** - À l'article 7 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « par recommandé » sont insérés entre le mot « simultanément » et les mots « pour avis facultatif »;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, les mots « au propriétaire » sont remplacés par les mots « aux propriétaires du bien provisoirement classé ainsi qu'aux propriétaires des biens situés dans sa zone de protection » et les mots « du propriétaire », par les mots « des propriétaires »;

3<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 3 est abrogé.

**Art. 6** - À l'article 8 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par les mots « ainsi que de leur zone de protection »;

2<sup>o</sup> le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - L'arrêté relatif au classement définitif est transmis par recommandé aux personnes et institutions suivantes :

1<sup>o</sup> aux propriétaires du bien classé;

2<sup>o</sup> aux propriétaires des biens situés dans sa zone de protection;

3<sup>o</sup> à la Commission;

4<sup>o</sup> au collège communal compétent en vue de la publication par affichage;

5<sup>o</sup> au collège provincial;

6<sup>o</sup> au Gouvernement de la Région wallonne.

Cette communication mentionne explicitement le devoir d'information conformément à l'article 9. »;

3<sup>o</sup> le § 4 est abrogé.

**Art. 7** - À l'article 8.1 du même décret, inséré par le décret du 14 février 2011, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 2, l'alinéa 3 est complété par la phrase suivante :

« Cette communication mentionne explicitement le devoir d'information conformément à l'article 9. »;

2<sup>o</sup> dans le § 2, l'alinéa 4 est complété par la phrase suivante :

« Cette communication mentionne explicitement le devoir d'information conformément à l'article 9. »;

3<sup>o</sup> le § 3 est complété par les mots " et publié au *Moniteur belge* sous forme d'extrait ».

4° il est inséré un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - L'arrêté portant enregistrement de la zone de protection est contraignant pour les propriétaires concernés et les autorités dès la transmission conformément au § 2 et pour les tiers, dès sa publication au *Moniteur belge*. »

**Art. 8** - Dans le même décret, il est inséré un article 8.2 rédigé comme suit :

« **Art. 8.2** - *Caractère contraignant du classement définitif*

L'arrêté relatif au classement définitif est contraignant pour les propriétaires concernés et les autorités dès sa transmission conformément à l'article 8, § 3, et pour les tiers, dès sa publication au *Moniteur belge*. »

**Art. 9** - À l'article 9 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots " le propriétaire notifie » sont remplacés par les mots « les propriétaires concernés par le classement définitif du bien ou par sa zone de protection notifient » et les mots « le propriétaire transmet » par les mots « les propriétaires transmettent »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots « le propriétaire est solidairement responsable » sont remplacés par les mots « les propriétaires sont solidairement responsables »;

3° le § 2 est complété par les mots " et publié au *Moniteur belge* sous forme d'extrait ».

**Art. 10** - L'article 10, § 2, du même décret est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le Gouvernement peut exiger du propriétaire du bien classé provisoirement ou définitivement la réalisation de travaux nécessaires à la prévention de sa destruction ou de sa dégradation.

Afin de prévenir un risque imminent de dommage causé au bien classé, au bien ou au site archéologique ou d'éviter des sondages archéologiques, le Gouvernement peut exiger l'exécution des travaux qui ne sont pas soumis à une approbation conformément à l'article 13.

Si le propriétaire néglige de réaliser les travaux nécessaires permettant de prévenir la destruction ou la dégradation d'un bien immobilier classé provisoirement ou définitivement, la Communauté, la Province ou la commune peut se substituer à lui, conformément aux conditions imposées par le Gouvernement, et prendre les mesures préventives nécessaires à la conservation du bien. La commune ou la Province obtient alors les subsides accordés par la Communauté.

À défaut d'accord avec le propriétaire, les frais exposés sont couverts par la caution ou garantie déposée conformément à l'article 10.1. Les autorités mentionnées à l'alinéa 3 peuvent récupérer par toute voie de droit les frais exposés non couverts par la caution ou garantie, dans la mesure où ils ont été engagés dans l'intérêt du bien classé provisoirement ou définitivement. Si le bien appartient à une personne de droit privé et qu'il ne s'agit pas de travaux d'entretien, celle-ci peut demander que l'autorité en question acquière son bien. Dans ce cas, les frais éventuellement exposés pour les mesures de protection seront déduits du prix d'achat. »

**Art. 11** - Dans le même décret, il est inséré des articles 10.1 à 10.3 rédigés comme suit :

« **Art. 10.1** - *Dépôt d'une caution ou garantie*

§ 1<sup>er</sup> - Le Gouvernement peut obliger le propriétaire concerné à déposer une caution ou garantie qui constitue un cautionnement lors de la réalisation des travaux nécessaires à la conservation du bien classé provisoirement ou définitivement ou à la prévention de sa destruction ou de sa dégradation. Le montant de la caution ou garantie dépend des travaux à réaliser.

Au choix du propriétaire, le cautionnement consiste en un dépôt auprès de la caisse des dépôts et consignations ou en une garantie bancaire indépendante ou en toute autre forme de cautionnement déterminée par le Gouvernement, et ce, à concurrence du montant mentionné dans la créance.

Lorsque le cautionnement consiste en un versement en espèces, le propriétaire est obligé de l'augmenter annuellement des intérêts produits pendant l'année précédente. Lorsque le cautionnement consiste en une garantie bancaire indépendante, celle-ci doit obligatoirement être émise par un institut de crédit qui est enregistré auprès de la Commission bancaire et financière ou auprès d'une autorité d'un État membre de l'Union européenne, compétente pour le contrôle des instituts de crédit.

Dans des cas motivés, le Gouvernement peut adapter le montant de la caution ou garantie.

§ 2 - Le dépôt d'une caution ou garantie ainsi que la constitution d'une hypothèque peuvent, le cas échéant, être réclamés auprès du juge compétent.

§ 3 - Après l'expiration d'un délai de trois mois à partir du moment où la réalisation régulière des travaux exigés par le Gouvernement est constatée, le cautionnement est libéré et les intérêts éventuels remboursés. Une libération par tranches peut être prévue.

**Art. 10.2** - *Soutien pour des travaux d'entretien réalisés sur des biens définitivement classés*

§ 1<sup>er</sup> - Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer des subsides pour des travaux d'entretien réalisés sur des biens définitivement classés, dans la mesure où un permis de patrimoine a été délivré pour ces travaux.

Le demandeur introduit une demande de subsides écrite auprès du Gouvernement, et ce, au moyen d'un formulaire fixé par ce dernier. La demande doit être accompagnée des documents suivants :

1° une description, en mots ou en images, les positions et un schéma des actes et travaux prévus, accompagnés - le cas échéant - des documents techniques y afférents;

2° un devis avec répartition par poste, indication des travaux confiés à des entreprises spécialisées, d'une part, et des travaux réalisés en régie propre avec indication du coût des matériaux, d'autre part;

3° une copie du permis d'urbanisme et, si celui-ci n'est pas nécessaire, la justification y relative.

§ 2 - Le subside représente 80 % du montant total des coûts admissibles qui entrent en ligne de compte pour un subventionnement, avec un subside d'un montant maximal de 22 000 euros.

Le subside représente 100 % du montant total des coûts admissibles qui entrent en ligne de compte pour un subventionnement, frais engagés pour le matériel, le transport et les moyens d'exécution, avec un subside d'un montant maximal de 10 000 euros, si les travaux sont réalisés en régie par le demandeur, par des bénévoles ou par une autorité.

Le montant maximal du subside peut être multiplié par un coefficient pour l'adapter aux crédits budgétaires disponibles.

§ 3 - Au terme des travaux, le demandeur transmet les justificatifs pour les coûts admissibles.

Le Gouvernement fait contrôler sur place, par les agents désignés conformément à l'article 44, que les transformations correspondent à la promesse de subsides. Si le contrôle est positif, le subside est liquidé.

Lorsqu'une infraction aux conditions de subventionnement est constatée dans les deux ans suivant la liquidation d'un subside, le Gouvernement peut récupérer tout ou partie dudit subside.

*Art. 10.3 - Rapport sur l'état des biens définitivement classés*

Pour chaque bien classé définitivement, le Gouvernement peut établir un rapport sur son état afin d'en garantir la conservation intégrée. Le rapport est composé :

1° d'un examen détaillé de l'état du bien;

2° d'un catalogue de mesures, reprenant les travaux d'entretien et de restauration nécessaires à réaliser dans les cinq prochaines années.

Le rapport est transmis au propriétaire du bien concerné et peut être actualisé tous les cinq ans.

Le Gouvernement fixe les autres modalités. »

*Art. 12* - Dans l'article 12, § 1<sup>er</sup>, du même décret, l'alinéa 2 est complété par les mots « , conformément à l'article 8.2. »

*Art. 13* - À l'article 13 du même décret, modifié par le décret du 15 mars 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° les paragraphes 1<sup>er</sup> à 4 sont remplacés par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Des travaux de transformation physique, d'entretien ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur un bien provisoirement ou définitivement classé nécessitent un permis. Cela vaut également pour le placement d'enseignes et de dispositifs de publicité et d'éclairage.

Sans préjudice du § 3, alinéa 3, les travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur les biens situés dans la zone de protection d'un bien classé provisoirement ou définitivement nécessitent un permis. Cela vaut également pour le placement d'enseignes et de dispositifs de publicité et d'éclairage.

Pour ce faire, le Gouvernement octroie un permis de patrimoine. Celui-ci peut être conditionnel.

§ 2 - Toute personne physique ou morale qui souhaite réaliser des travaux doit, pour tout travail de transformation physique, d'entretien ou de transformation de l'aspect extérieur réalisé sur un bien provisoirement ou définitivement classé ou pour tout travail de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur réalisé sur des biens situés dans sa zone de protection, demander le permis de patrimoine par recommandé auprès du Gouvernement. À cette fin, elle utilise le formulaire fixé par le Gouvernement.

Lorsqu'il reçoit une demande de permis d'urbanisme ou d'urbanisation relative à un bien provisoirement ou définitivement classé ou à un bien situé dans sa zone de protection, le collège communal compétent communique par écrit au demandeur l'obligation d'obtenir un permis de patrimoine. Parallèlement, il transmet au Gouvernement une copie de cette communication.

§ 3 - La demande écrite d'un permis de patrimoine sera accompagnée des documents suivants :

1° le titre de propriété du bien en question ou, si le demandeur n'est pas le propriétaire, l'accord écrit de celui-ci quant aux projets de travaux sur le bien en question;

2° une description des travaux prévus ainsi que des photos actuelles du bien en question et des parties du bien concernées par les travaux envisagés;

3° pour autant qu'ils existent, des plans d'architecte pour les travaux prévus.

Dans les quinze jours calendrier suivant la réception de la demande de permis de patrimoine, le Gouvernement demande, le cas échéant, les documents manquants ou incomplets ou en exige d'autres. Si la demande est complète, le Gouvernement transmet au demandeur une attestation allant dans ce sens. Si l'attestation n'est pas transmise dans le délai prévu, la demande est censée être complète.

Si la demande de permis de patrimoine concerne un bien qui se situe dans la zone de protection d'un bien provisoirement ou définitivement classé, le Gouvernement examine, dans les quinze jours calendrier suivant la réception de la demande, si les travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur ont des répercussions sur la valeur en tant que témoignage historique ou sur l'aspect extérieur du bien provisoirement ou définitivement classé ou de ses alentours. En l'absence de telles répercussions, le Gouvernement peut décider qu'un permis de patrimoine n'est pas requis. Cette décision est communiquée par écrit au demandeur, et la procédure de demande prend fin.

Si la procédure de demande n'a pas pris fin conformément à l'alinéa 3, le Gouvernement peut, après avoir confirmé que le dossier est complet ou au terme du délai mentionné dans l'alinéa 2, demander un avis à la Commission et au collège communal compétent, et ce, dans les quinze jours calendrier. L'avis du collège communal n'est pas demandé si la commune est elle-même demandeuse.

Pour émettre leur avis, la commission et le collège communal disposent d'un délai de trente jours calendrier suivant le jour où le Gouvernement leur a transmis la demande d'avis. Au terme de ce délai, la commission ou le collège communal est censé avoir approuvé le permis de patrimoine. Dans son avis, le collège communal signale les incompatibilités du projet avec les plans, règlements, guides ou schémas en vigueur ou en projet, avec les permis octroyés ou demandés ou avec d'autres décisions.

À partir de la réception du dernier avis ou à l'expiration du délai de trente jours imparti pour rendre un dernier avis, le Gouvernement dispose de trente jours calendrier pour statuer sur le permis de patrimoine. Si aucune décision n'est prise au terme de ce délai, le Gouvernement est censé avoir accordé le permis de patrimoine.

Si nécessaire, le Gouvernement peut, avant de prendre sa décision, rencontrer les acteurs concernés afin d'éclaircir la demande de permis de patrimoine.

La décision prise par le Gouvernement à propos de la demande de permis de patrimoine est transmise aux personnes et institutions suivantes :

- 1° au demandeur;
- 2° au propriétaire du bien concerné, s'il n'est pas le demandeur;
- 3° au collège communal;
- 4° au Gouvernement de la Région wallonne.

§ 4 - Dans les trente jours calendrier suivant la réception de la décision prise par le Gouvernement, le demandeur peut introduire un recours auprès de ce dernier. Ce recours motivé est introduit par recommandé. Le Gouvernement dispose de trente jours calendrier pour statuer. Si la décision n'est pas transmise dans le délai prévu, celle prise en première instance est censée être confirmée. »;

2° il est inséré un § 4.1 rédigé comme suit :

« § 4.1 - Le demandeur informe le Gouvernement par recommandé huit jours calendrier avant le début des travaux.

Un avis mentionnant qu'un permis a été octroyé doit être affiché par le demandeur sur le bien en question, à front de rue, pendant la durée totale des travaux et doit être lisible depuis la rue.

Le Gouvernement fixe le modèle de cet avis. »

**Art. 14** - À l'article 15 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« En cas de cession de la propriété d'un bien provisoirement ou définitivement classé, d'une partie de celui-ci ou d'un bien situé dans sa zone de protection ou d'une partie de celui-ci, l'officier instrumentant est tenu de mentionner dans l'acte de cession que le bien concerné est provisoirement ou définitivement classé ou situé dans la zone de protection d'un bien classé. L'acte de cession est accompagné d'une copie de l'arrêté de classement. L'officier instrumentant informe sans délai le Gouvernement et l'administration communale concernée de l'identité et de l'adresse du nouveau propriétaire du bien classé provisoirement ou définitivement ou, selon le cas, d'un bien situé dans sa zone de protection. »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « d'un bien classé » sont remplacés par les mots « d'un bien classé provisoirement ou définitivement ou d'une partie de celui-ci ou, selon le cas, d'un bien situé dans sa zone de protection ou d'une partie de celui-ci ».

**Art. 15** - À l'article 16 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé est remplacé par ce qui suit :

« Rapport ou réévaluation du classement »;

2° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « pour rapporter » sont remplacés par les mots « pour rapporter ou réévaluer ».

**Art. 16** - Dans l'article 26, alinéa 2, du même décret, la phrase suivante est insérée entre la troisième et la quatrième :

« La demande d'autorisation est introduite au moyen d'un formulaire fixé par le Gouvernement. »

**Art. 17** - L'article 35, alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, du même décret est complété par la phrase suivante :

« L'indemnisation n'est accordée que lorsque les obligations mentionnées à l'article 34, § 2, ont été respectées après la communication de la découverte fortuite. »

**Art. 18** - L'intitulé du chapitre VI du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VI - Dispositions diverses ».

**Art. 19** - Dans l'article 42 du même décret, le nombre « 14 » est remplacé par le nombre « 15 ».

**Art. 20** - Dans le chapitre VI du même décret, il est inséré un article 42.1 rédigé comme suit :

« **Art. 42.1** - *Contrôle des subsides*

Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés en exécution du présent décret s'opère conformément à la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes. »

**Art. 21** - Dans le même décret, il est inséré, après le chapitre VI, un chapitre VII, comportant les articles 43 à 46.8, intitulé comme suit :

« Chapitre VII - Infractions et sanctions ».

**Art. 22** - À l'article 43 du même décret, modifié par le décret du 14 février 2011, les modifications suivantes sont apportées :

1° à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les 2° à 7° sont remplacés par ce qui suit :

« 2° l'officier instrumentant qui omet de noter — conformément à l'article 15 — dans l'acte de cession que le bien concerné est provisoirement ou définitivement classé ou se situe dans la zone de protection d'un bien classé;

3° celui qui réalise, sans le permis de patrimoine prévu à l'article 13, après expiration ou suspension dudit permis ou en enfreignant les prescriptions de celui-ci, ou sans l'obtention de la décision concernant la dispense de permis mentionnée à l'article 13, § 3, alinéa 3, des travaux de transformation physique, d'entretien ou de transformation de l'aspect extérieur sur un bien classé provisoirement ou définitivement ou des travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur des biens situés dans la zone de protection d'un bien classé provisoirement ou définitivement;

4° celui qui maintient des travaux de transformation physique, d'entretien ou de transformation de l'aspect extérieur sur un bien classé provisoirement ou définitivement ou des travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur les biens situés dans la zone de protection d'un bien classé provisoirement ou définitivement, qui ont été réalisés sans le permis de patrimoine prévu à l'article 13, après expiration ou suspension dudit permis ou en enfreignant les prescriptions de celui-ci;

5° celui qui réalise ou maintient des transformations physiques au bien provisoirement ou définitivement classé en violation des prescriptions d'une décision de justice définitive;

6° celui qui omet d'informer sur le début des travaux, conformément aux articles 13, § 4.1, et 46.7, § 4;

7° celui qui omet de procéder à l'affichage mentionné à l'article 13, § 4.1;

8° celui qui apporte des transformations au sein d'un site archéologique repris dans l'atlas des sites archéologiques sans avoir obtenu l'autorisation prévue à l'article 25.1, après suspension de ladite autorisation ou en ayant enfreint les prescriptions de celle-ci;

9° celui qui maintient des transformations au sein d'un site archéologique repris dans l'atlas des sites archéologiques, qui ont été réalisées sans avoir obtenu l'autorisation prévue à l'article 25.1, après suspension de ladite autorisation, ou en ayant enfreint les prescriptions de celle-ci;

10° celui qui mène des sondages ou fouilles archéologiques sans l'autorisation prévue à l'article 26 ou en infraction des prescriptions de celle-ci;

11° celui qui enfreint l'interdiction d'utiliser un détecteur électronique ou magnétique, prévue à l'article 29;

12° celui qui omet de remplir les obligations mentionnées à l'article 34. »;

2° l'article est complété par un alinéa 3 rédigé comme suit :

« Sans préjudice des dispositions du Code pénal, les infractions mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup> peuvent être mises à charge des personnes suivantes :

1° leur auteur;

2° le propriétaire du bien concerné qui les a suscitées, autorisées ou tolérées. »

**Art. 23** - L'article 44 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Dans les quinze jours calendrier de leur rédaction, les procès-verbaux constatant l'infraction sont transmis par recommandé aux personnes et institutions suivantes :

1° à l'auteur, c'est-à-dire, selon le cas :

a) au maître de l'ouvrage;

b) à la personne physique ou morale qui réalise les travaux;

c) à toute personne qui fait usage du bien concerné;

2° au propriétaire du bien concerné, s'il n'est pas l'auteur;

3° au procureur du Roi;

4° au collège communal;

5° au Gouvernement de la Région wallonne. »

**Art. 24** - Dans le même décret, il est inséré un article 45.1 rédigé comme suit :

« **Art. 45.1** - *Avertissement avant verbalisation*

S'il y a infraction telle que mentionnée à l'article 43, les fonctionnaires et agents mentionnés à l'article 44 peuvent donner un avertissement à l'auteur ou au propriétaire du bien concerné et accorder un délai de régularisation.

Si l'avertissement est donné oralement, le fonctionnaire ou l'agent avertissant le confirme par recommandé dans les quinze jours calendrier.

Au terme du délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, un procès-verbal constatant l'infraction est dressé conformément à l'article 44. »

**Art. 25** - À l'article 46 du même décret, modifié par le décret du 14 février 2011, les alinéas 1<sup>er</sup> à 4 sont remplacés par ce qui suit :

« Les fonctionnaires et agents mentionnés à l'article 44 peuvent ordonner sur place l'interruption des travaux, la cessation de l'utilisation du bâtiment ou l'accomplissement d'actes lorsqu'ils constatent que :

1<sup>o</sup> ceux-ci ne sont pas conformes au permis de patrimoine délivré conformément à l'article 13, à l'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques délivrée conformément à l'article 25.1 ou à l'autorisation pour des fouilles ou sondages archéologiques délivrée conformément à l'article 26;

2<sup>o</sup> ceux-ci sont réalisés sans le permis de patrimoine délivré conformément à l'article 13, sans l'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques délivrée conformément à l'article 25.1 ou sans l'autorisation pour des fouilles ou sondages archéologiques délivrée conformément à l'article 26, ou en violation des prescriptions du présent décret;

3<sup>o</sup> les découvertes fortuites n'ont pas été communiquées conformément à l'article 34, § 1<sup>er</sup>, ou que les obligations énumérées pour celles-ci à l'article 34, § 2, n'ont pas été remplies.

Sans préjudice de l'article 35, les frais éventuellement encourus par l'intéressé ne lui sont pas remboursés. Dès que l'ordre a été donné, un procès-verbal est dressé pour toute infraction.

Sous peine de nullité, l'ordre doit être confirmé dans les sept jours calendrier par le Gouvernement.

Le procès-verbal constatant l'infraction et la décision de confirmation sont transmis par recommandé aux personnes et institutions suivantes :

1<sup>o</sup> à l'auteur, c'est-à-dire, selon le cas :

- a) au maître de l'ouvrage;
  - b) à la personne physique ou morale qui réalise les travaux;
  - c) à toute personne qui fait usage du bien concerné;
- 2<sup>o</sup> au propriétaire du bien concerné, s'il n'est pas le demandeur;

3<sup>o</sup> au procureur du Roi;

4<sup>o</sup> au collège communal;

5<sup>o</sup> au Gouvernement de la Région wallonne.

L'intéressé peut demander, en référé, la levée des mesures devant le président du tribunal de première instance dans le ressort duquel les travaux et actes ont été menés. La partie IV, livre II, titre VI, du Code judiciaire est applicable pour l'introduction et l'examen de la demande. »

**Art. 26** - Dans le même décret, il est inséré des articles 46.1 à 46.8 rédigés comme suit :

« **Art. 46.1** - *Mesures après verbalisation*

Si le procureur du Roi, dans un délai de soixante jours calendrier suivant la demande qui lui a été adressée, n'a pas communiqué son intention de poursuivre pénalement l'infraction constatée, le Gouvernement peut :

1<sup>o</sup> engager une procédure d'examen de conformité conformément à l'article 46.2 ou

2<sup>o</sup> prendre des mesures administratives conformément à l'article 46.3 et/ou infliger immédiatement une amende administrative conformément à l'article 46.4.

**Art. 46.2** - *Examen de conformité et transaction*

§ 1<sup>er</sup> - Si, conformément à l'article 46.1, le Gouvernement décide d'engager la procédure d'examen de conformité, les fonctionnaires et agents mentionnés à l'article 44 invitent l'auteur et, le cas échéant, le propriétaire du bien concerné à introduire dans un délai fixé par eux une demande d'examen de conformité. Selon le cas, c'est la procédure prévue pour les demandes de permis de patrimoine conformément à l'article 13, les demandes d'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques conformément à l'article 25.1 ou les demandes d'autorisation pour des fouilles ou sondages archéologiques conformément à l'article 26 qui sera alors applicable.

L'invitation peut contenir une proposition d'adaptation des transformations ou travaux qui ont été réalisés illégalement au sens de l'article 43; il en sera tenu compte dans la demande à introduire.

La demande introduite mentionne qu'il s'agit d'une demande en examen de conformité au sens du présent article.

§ 2 - Dans sa décision relative à la conformité, le Gouvernement peut constater que les transformations ou travaux réalisés illégalement au sens de l'article 43 :

1<sup>o</sup> peuvent être approuvés tels quels ultérieurement, le cas échéant en tenant compte des conditions fixées dans la décision;

2<sup>o</sup> peuvent être approuvés ultérieurement moyennant la réalisation de travaux d'aménagement, le cas échéant en tenant compte des conditions fixées dans la décision;

3<sup>o</sup> ne peuvent être approuvés ultérieurement.

§ 3 - Dans le cas mentionné au § 2, 1<sup>o</sup>, le Gouvernement propose une transaction. La transaction a lieu moyennant le paiement d'une somme calculée conformément au § 9.

Le Gouvernement détermine le délai dans lequel le paiement de la somme doit intervenir, délai ne pouvant dépasser douze mois. Le montant de la transaction est payé au profit de la Communauté germanophone.

À partir de la réception du montant de la transaction, la décision relative à la conformité a force de chose jugée et vaut permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26.

Le versement du montant de la transaction éteint l'action publique et le droit pour le Gouvernement de demander toute autre réparation.

§ 4 - Dans le cas mentionné au § 2, 2°, le Gouvernement propose une transaction. La transaction a lieu moyennant le paiement d'une somme d'argent calculée conformément au § 9 et la réalisation des travaux d'aménagement.

Le Gouvernement détermine le délai dans lequel le paiement de la somme doit intervenir, ainsi que celui dans lequel les travaux d'aménagement doivent être réalisés, délai ne pouvant dépasser douze mois. Le montant de la transaction est payé au profit de la Communauté germanophone.

Le demandeur informe le Gouvernement que les travaux d'aménagement à réaliser sont terminés, et ce, dans les quinze jours calendrier de leur achèvement. Le contrôle portant sur la conformité des travaux d'aménagement intervient dans les soixante jours calendrier suivant la réception de l'information par le Gouvernement. Si le contrôle de conformité n'est pas mené dans le délai imparti, les travaux d'aménagement sont censés être conformes.

À partir de la réception du montant de la transaction et de la présentation du certificat de conformité des travaux d'aménagement à réaliser ou au terme du délai prévu pour mener le contrôle de conformité, la décision relative à la conformité a force de chose jugée et vaut permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26.

L'action publique et le droit du Gouvernement d'exiger toute autre réparation pour l'infraction concernée s'éteignent par le paiement du montant de la transaction et la réalisation conforme des travaux d'aménagement.

§ 5 - Dans le cas mentionné au § 2, 3°, le Gouvernement exige la remise totale ou partielle en l'état dans un délai fixé par lui et qui ne peut dépasser douze mois.

§ 6 - La décision relative à la conformité est transmise par recommandé aux personnes et institutions suivantes :

- 1° au demandeur;
- 2° au propriétaire du bien concerné, s'il n'est pas le demandeur;
- 3° au procureur du Roi;
- 4° au collège communal;
- 5° au Gouvernement de la Région wallonne.

§ 7 - Dans les trente jours calendrier suivant la réception de la décision relative à la conformité, le demandeur peut introduire un recours auprès du Gouvernement. Ce recours motivé est introduit par recommandé. Le Gouvernement dispose de trente jours calendrier pour statuer. Si la décision n'est pas transmise dans le délai prévu, la décision prise en première instance est censée être confirmée.

§ 8 - Toute demande de permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26 qui se rapporte à des actes ou travaux pour lesquels un procès-verbal constatant l'infraction a été transmis conformément aux articles 44 ou 46, et qui n'a pas été introduite dans le cadre d'un examen de conformité conformément au présent article, est déclarée irrecevable

1° jusqu'à ce qu'une décision relative à la conformité, passée en force de chose jugée, soit prise conformément aux paragraphes 3 et 4;

2° jusqu'à ce que la mise en œuvre des mesures administratives conformément à l'article 46.3 soit confirmée par le Gouvernement;

3° jusqu'à ce que le paiement d'une amende administrative conformément à l'article 46.4 soit confirmé par le Gouvernement;

4° jusqu'à ce qu'un jugement exécutoire soit prononcé conformément à l'article 46.7.

§ 9 - Le montant de l'amende transactionnelle mentionné aux §§ 3 et 4 est calculé comme suit, sans que ce montant puisse être inférieur à 250 euros, ni supérieur à 25 000 euros :

1° construction, reconstruction ou extension de bâtiments destinés au logement, de bâtiments à usage agricole, de dépendances, de volumes annexes ou isolés tels que sous-sols, garages, vérandas, serres, abris de jardin, abris pour animaux : 50 euros par m<sup>3</sup> mesuré à l'extérieur;

2° construction, reconstruction ou extension de bâtiments à usage industriel, commercial, professionnel ou de bureau : 100 euros par m<sup>3</sup> mesuré à l'extérieur;

3° placement d'installations fixes : 200 euros par m<sup>2</sup> d'emprise au sol ou 200 euros par mètre courant calculé en hauteur, le montant le plus élevé étant appliqué;

4° placement d'enseignes et de dispositifs de publicité : 200 euros par m<sup>2</sup>;

5° démolition : 50 euros par m<sup>2</sup> d'emprise au sol;

6° transformation d'un bâtiment construit ou à construire portant atteinte à ses structures portantes : 500 euros;

7° transformation d'un bâtiment construit ou à construire impliquant une modification de sa volumétrie : 50 euros par m<sup>3</sup> mesuré à l'extérieur;

8° modification de l'aspect de matériaux de toiture ou de parement des élévations : 50 euros par m<sup>2</sup>;

9° ouverture, modification ou obturation de baies en toiture ou en élévation : 500 euros par baie;

10° remplacement de portes ou châssis : 500 euros par porte ou châssis;

11° modification sensible du relief du sol, en ce compris la création de retenues d'eau ou le creusement d'excavations : 20 euros par m<sup>3</sup>;

12° boisement ou déboisement : 20 euros par m<sup>2</sup> de surface boisée ou déboisée;

13° abattage d'arbres ou de haies : 500 euros par arbre ou 50 euros par mètre courant de haie abattue;

14° modification de l'aspect d'arbres ou de haies : 250 euros par arbre ou 25 euros par mètre courant de haie;

15° défrichage ou modification de la végétation : 50 euros par m<sup>2</sup> de surface défrichée ou modifiée;



- 16° dépôt de véhicules usagés : 200 euros par véhicule;
- 17° dépôt de mitrilles, de matériaux, de déchets : 50 euros par m<sup>3</sup>;
- 18° placement d'installations mobiles, telles que roulottes, caravanes et tentes : 200 euros par installation;
- 19° construction de murs : 200 euros par mètre courant;
- 20° pose de clôtures : 50 euros par mètre courant;
- 21° pose de portiques ou portillons : 500 euros par portique ou portillon;
- 22° réalisation d'ouvrages d'art tels que ponts, tunnels, routes, canalisations : 20 % du coût estimé des travaux;
- 23° omission de la demande de permis ou d'autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26 : 250 euros;
- 24° réalisation d'actes ou de travaux non mentionnés aux 1° à 24° : de 250 euros au moins à 25 000 euros au plus.

Les montants mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> sont adaptés, au 1<sup>er</sup> janvier de chaque année, à l'indice des prix à la consommation. Cette adaptation ne peut mener à un dépassement du montant de 25 000 euros.

S'il s'agit d'un bien qui se situe dans la zone de protection d'un bien provisoirement ou définitivement classé, les montants mentionnés dans l'alinéa 1<sup>er</sup> sont affectés d'un coefficient de 0,5.

*Art. 46.3 - Mesures administratives après verbalisation*

§ 1<sup>er</sup> - Si, conformément à l'article 46.1, le Gouvernement prend des mesures administratives, il peut, sur proposition du fonctionnaire ou de l'agent verbalisant et sans préjudice des autres mesures prévues dans le présent chapitre :

1° dans un délai fixé par lui et qui ne peut dépasser douze mois, ordonner la remise totale ou partielle en l'état initial ou la réalisation de mesures modificatives;

2° apposer des scellés sur le bien concerné et, si nécessaire, procéder à sa fermeture temporaire immédiate;

3° prendre toute autre mesure nécessaire afin de corriger ou d'empêcher un dommage au bien classé, au bien, au site ou à un sondage archéologiques.

La décision du Gouvernement vaut permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26.

§ 2 - Si le Gouvernement décide qu'il y a lieu de prendre des mesures administratives, il communique à l'auteur par recommandé :

1° les faits et leur qualification;

2° la possibilité pour l'auteur d'exposer, par lettre recommandée, ses moyens de défense dans un délai de quinze jours calendrier à compter du jour de la notification, et qu'il a, à cette occasion, le droit de demander au Gouvernement de présenter oralement sa défense;

3° le droit pour l'auteur de se faire assister ou représenter par un conseil;

4° le droit pour l'auteur de consulter son dossier;

5° une copie du procès-verbal constatant l'infraction.

Le Gouvernement détermine le jour où l'auteur est invité à exposer oralement sa défense.

§ 3 - Après l'expiration du délai fixé au § 2, 2°, ou avant l'expiration de ce délai, si l'auteur signifie ne pas contester les faits ou, le cas échéant, après la défense orale ou écrite de l'affaire par le contrevenant ou son conseil, le Gouvernement peut imposer la mesure administrative.

§ 4 - La décision du Gouvernement est transmise par recommandé aux personnes et institutions suivantes :

1° à l'auteur, c'est-à-dire, selon le cas :

a) au maître de l'ouvrage;

b) à la personne physique ou morale qui réalise les travaux;

c) à toute personne qui fait usage du bien concerné;

2° au propriétaire du bien concerné, s'il n'est pas le demandeur;

3° au procureur du Roi;

4° au collègue communal;

5° au Gouvernement de la Région wallonne.

§ 5 - Par une demande écrite introduite auprès du tribunal correctionnel, l'auteur peut déposer un recours dans les trente jours calendrier suivant la transmission de la décision. La demande énumère l'identité et l'adresse du contrevenant, la désignation de la décision attaquée ainsi que les griefs correspondants.

Le tribunal correctionnel statue sur la légalité de la mesure administrative ordonnée.

§ 6 - Lorsque l'auteur omet de prendre dans le délai prévu les mesures nécessaires à la protection du bien, le Gouvernement peut d'office mettre en œuvre la mesure ordonnée, et ce, à charge de l'auteur.

Le Gouvernement peut obliger l'auteur, conformément aux modalités fixées à l'article 10.1, à déposer une caution ou garantie en tant que cautionnement des travaux à réaliser.

*Art. 46.4 - Imposition d'amendes administratives*

§ 1<sup>er</sup> - Les infractions constatées sont poursuivies au moyen d'amendes administratives, sauf si :

1<sup>o</sup> le procureur du Roi, dans un délai de soixante jours calendrier suivant la demande qui lui a été adressée, a communiqué son intention de poursuivre pénalement l'infraction constatée;

2<sup>o</sup> une décision relative à la conformité, passée en force de chose jugée a été prise conformément à l'article 46.2, §§ 3 et 4.

Les poursuites pénales ou la transaction excluent toutes deux l'imposition d'une amende administrative.

§ 2 - L'amende administrative s'élève à 250 euros au moins et 50 000 euros au plus.

Si une nouvelle infraction est constatée dans les cinq ans suivant la verbalisation, l'amende mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup> est doublée.

§ 3 - À dater de la réception du procès-verbal constatant l'infraction ou au terme du délai fixé à l'article 46.2, § 1<sup>er</sup>, § 3, alinéa 2, ou § 4, alinéa 2, le Gouvernement dispose d'un délai de six mois pour imposer une amende administrative.

§ 4 - Si le Gouvernement décide qu'il y a lieu d'entamer une procédure administrative, il communique au contrevenant par recommandé :

1<sup>o</sup> les faits et leur qualification;

2<sup>o</sup> la possibilité pour le contrevenant d'exposer, par lettre recommandée, ses moyens de défense dans un délai de quinze jours calendrier à compter du jour de la notification, et qu'il a, à cette occasion, le droit de demander au Gouvernement de présenter oralement sa défense;

3<sup>o</sup> le droit pour le contrevenant de se faire assister ou représenter par un conseil;

4<sup>o</sup> le droit pour le contrevenant de consulter son dossier;

5<sup>o</sup> une copie du procès-verbal constatant l'infraction.

Le Gouvernement détermine le jour où le contrevenant est invité à exposer oralement sa défense.

§ 5 - Après l'expiration du délai fixé au § 4, 2<sup>o</sup>, ou avant l'expiration de ce délai, lorsque le contrevenant signifie ne pas contester les faits ou, le cas échéant, après la défense orale ou écrite de l'affaire par le contrevenant ou son conseil, le Gouvernement peut infliger l'amende administrative.

Le Gouvernement notifie sa décision au contrevenant par recommandé.

La notification reprend également les informations mentionnées aux articles 9, § 1<sup>er</sup>, 10 et 12, de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

§ 6 - La décision d'imposer une amende administrative a force exécutoire à l'expiration du délai de trente jours calendrier à compter du jour de sa notification, sauf en cas de recours conformément au § 7.

L'amende administrative est perçue au profit de la Communauté germanophone.

Elle est payée dans un délai de trente jours calendrier suivant le jour où la décision a acquis force exécutoire, par versement ou virement sur un compte du Gouvernement, au moyen d'un bulletin de versement ou de virement.

L'amende administrative imposée ne peut être déduite des impôts.

§ 7 - Par une demande écrite introduite auprès du tribunal correctionnel, le contrevenant peut déposer un recours dans le mois suivant la notification de la décision. La demande énumère l'identité et l'adresse du contrevenant, la désignation de la décision attaquée ainsi que les griefs correspondants.

Le tribunal correctionnel juge de la légalité et de la proportionnalité de l'amende imposée. Il peut soit confirmer soit réformer la décision du Gouvernement.

La décision du tribunal correctionnel n'est pas susceptible d'appel.

*Art. 46.5 - Recouvrement des amendes administratives*

Le Gouvernement désigne les personnes chargées de recouvrer les amendes administratives incontestées et exigibles ainsi que les frais de recouvrement éventuellement engendrés.

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup> sont habilitées à :

1<sup>o</sup> délivrer une contrainte;

2<sup>o</sup> viser la contrainte, la déclarer exécutoire et la signifier au contrevenant, le cas échéant, par huissier de justice;

3<sup>o</sup> octroyer un sursis de paiement ou un échelonnement aux débiteurs qui peuvent justifier d'une situation particulièrement précaire.

*Art. 46.6 - Prescription des amendes administratives*

Les amendes administratives se prescrivent par cinq ans à compter de la date à laquelle elles doivent être payées.

Ce délai peut être interrompu soit tel que prévu par les articles 2244 et suivants du Code civil, soit par une renonciation à la prescription acquise. En cas d'interruption de la prescription, une nouvelle prescription susceptible d'être interrompue de la même manière est acquise cinq ans après le dernier acte interruptif de la précédente prescription sauf s'il y a instance en justice.

*Art. 46.7 - Poursuite judiciaire*

§ 1<sup>er</sup> - Nonobstant les autres mesures prévues dans le présent chapitre, le Gouvernement peut, à propos des infractions mentionnées à l'article 43, exiger devant le tribunal correctionnel que :

- 1° les lieux soient remis en leur état initial;
- 2° des travaux d'aménagement soient réalisés.

Outre la pénalité, le tribunal ordonne, à la demande du Gouvernement, la mesure de remise en état exigée. Le tribunal fixe à cette fin un délai qui ne peut dépasser douze mois.

Les droits de la partie civile se limitent à la mesure choisie par le Gouvernement, sans préjudice du droit à un dédommagement à charge du condamné.

§ 2 - À défaut pour le Procureur du Roi d'avoir marqué son intention de poursuivre dans les soixante jours de la demande qui lui est faite, le Gouvernement peut, à propos des infractions mentionnées à l'article 43, exiger devant le tribunal civil que :

- 1° les lieux soient remis en leur état initial;
- 2° des travaux d'aménagement soient réalisés.

Le tribunal ordonne, à la demande du Gouvernement, la mesure de remise en état exigée. Le tribunal fixe à cette fin un délai qui ne peut dépasser douze mois.

Les droits du tiers lésé agissant soit concurremment avec le Gouvernement, soit séparément de lui sont limités pour la réparation à celle choisie par le Gouvernement, sans préjudice du droit à l'indemnisation à charge du condamné.

§ 3 - Sans préjudice de l'application du chapitre XXIII du livre IV de la quatrième partie du Code judiciaire, le jugement ordonne que, lorsque les lieux ne sont pas remis en état ou les travaux et ouvrages ne sont pas exécutés dans le délai prescrit, le Gouvernement et éventuellement la partie civile pourront pourvoir d'office à son exécution.

Le Gouvernement ou la partie civile qui exécute le jugement a le droit de vendre les matériaux et objets résultant de la remise en état des lieux, de les transporter, de les entreposer et de procéder à leur destruction en un lieu au choix.

Le condamné est contraint au remboursement de tous les frais d'exécution, déduction faite du prix de la vente des matériaux et objets, sur présentation d'un état taxé et rendu exécutoire par le juge des saisies. La peine est exécutée par un juge des saisies.

§ 4 - Le condamné informe le Gouvernement par recommandé huit jours calendrier avant le début des travaux.

Un avis mentionnant que les travaux sont effectués sur la base du présent article doit être affiché par le condamné sur le bien en question, à front de rue, pendant la durée totale des travaux et doit être lisible depuis la rue.

Le Gouvernement fixe le modèle de cet avis.

*Art. 46.8 - Inscription auprès du bureau des hypothèques*

La citation devant le tribunal correctionnel en vertu de l'article 46.7, § 1<sup>er</sup>, ou l'exploit introductif d'instance prévu par l'article 46.7, § 2, est transcrit à la conservation des hypothèques de la situation des biens, à la diligence de l'huissier de justice auteur de l'exploit.

La citation ou l'exploit doit contenir la désignation cadastrale de l'immeuble objet de l'infraction et en identifier le propriétaire dans la forme prescrite conformément à l'article 139 de la loi hypothécaire du 16 décembre 1851.

Ce qui suit est mentionné en marge de l'inscription de la citation ou de l'exploit, et ce, conformément à la procédure prévue à l'article 84 de la loi hypothécaire du 16 décembre 1851 :

- 1° toute décision rendue en la cause;
- 2° le certificat du Gouvernement attestant que :
  - a) le jugement a été exécuté;
  - b) une décision relative à la conformité passée en force de chose jugée a été prise conformément à l'article 46.2, §§ 3 et 4;
  - c) l'auteur a exécuté les mesures administratives conformément à l'article 46.3.

Lorsque le Gouvernement ou les tiers sont obligés, par suite de la carence du condamné, de pourvoir à l'exécution du jugement, la créance naissant de ce chef à leur profit est garantie par une hypothèque légale dont l'inscription, le renouvellement, la réduction et la radiation totale ou partielle sont opérés conformément aux dispositions des chapitres IV et V de la loi hypothécaire du 16 décembre 1851.

Cette garantie s'étend à la créance résultant de l'avance faite par eux du coût des formalités hypothécaires, lequel est à charge du condamné. »

**Art. 27** - Dans le même décret, il est inséré, après le chapitre VII, un chapitre VIII, comportant les articles 47 à 55, intitulé comme suit :

« Chapitre VIII - Dispositions finales ».

**Art. 28** - À l'article 53 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1<sup>er</sup> et 2 forment le paragraphe 1<sup>er</sup>, alinéas 1<sup>er</sup> et 2;

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Les procédures en cours au 31 mars 2018 sont poursuivies conformément aux prescriptions valables à ce moment. »

**Art. 29** - Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 2018.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 26 février 2018.

O. PAASCH,  
Le Ministre-Président

I. WEYKMANS,  
La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS,  
Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS,  
Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—  
Note

Session 2017-2018

Documents parlementaires : 199 (2017-2018) n° 1 Projet de décret

199 (2017-2018) n° 2 Propositions d'amendement

199 (2017-2018) n° 3 Rapport

Compte rendu intégral : 26 février 2018 - n° 49 Discussion et vote

—  
**MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

[2018/201253]

**26 FEBRUARI 2018. — Decreet tot wijziging van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

**Artikel 1** - In artikel 1 van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen wordt een bepaling onder 5.1 ingevoegd, luidende:

"5.1 onderhoudswerken: maatregelen inzake voorzorg, instandhouding en regelmatig onderhoud aan bestanddelen van beschermde goederen die de authentieke overlevering bevorderen, die schade voorkomen en die de noodzaak om ingrijpende en in voorkomend geval dure herstel- en renovatiewerken te moeten uitvoeren, in de regel kunnen vertragen;"

**Art. 2** - In artikel 3 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 2, 5°, wordt het woord "schriftelijke" vervangen door de woorden "aan de eigenaars van het te beschermen goed per aangetekende brief toegezonden" en worden de woorden "het verzoek om een plaatsbezoek, geadresseerd aan de eigenaar," vervangen door de woorden "het aan de eigenaar gerichte verzoek om een plaatsbezoek te brengen aan het te beschermen goed,";

2° paragraaf 3 wordt aangevuld met de woorden, "via een door haar vastgelegd formulier";

3° in paragraaf 5 worden de woorden "de eigenaar" vervangen door de woorden "de betrokken eigenaars".

**Art. 3** - Artikel 5 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 5 - Geldigheid en bindend karakter van de voorlopige rangschikking

De voorlopige rangschikking geldt voor hoogstens twaalf maanden, te rekenen vanaf de datum van de aanneming van het desbetreffende besluit.

Voor de betrokken eigenaars en de overheid is het besluit houdende voorlopige rangschikking bindend vanaf de toezending overeenkomstig artikel 7, § 1; voor derden is het besluit houdende voorlopige rangschikking bindend vanaf de bekendmaking ervan in het *Belgisch Staatsblad*."

**Art. 4** - In artikel 6 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, eerste lid, worden de woorden "betekent de eigenaar" vervangen door de woorden "zenden de eigenaars die betrokken zijn bij de voorlopige rangschikking van het goed of het beschermingsgebied van dat goed" en worden de woorden "stuurt de eigenaar" vervangen door de woorden "zenden de eigenaars";

2° in paragraaf 1, tweede lid, worden de woorden "wordt de eigenaar" vervangen door de woorden "worden de eigenaars";

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met de woorden "en wordt bij uittreksel bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad*".

**Art. 5** - In artikel 7 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van paragraaf 1, eerste lid, worden de woorden "bij aangetekende brief" ingevoegd tussen de woorden "voorlopige rangschikking" en het woord "tegelijk";

2° in paragraaf 1, eerste lid, 1°, worden de woorden "de eigenaar." vervangen door de woorden "de eigenaars van het voorlopig gerangschikte goed, alsook de eigenaars van de goederen die in het beschermingsgebied van dat voorlopig gerangschikte goed liggen" en worden de woorden "van de eigenaar" vervangen door de woorden "van de eigenaars".

3° paragraaf 1, derde lid, wordt opgeheven.

**Art. 6** - In artikel 8 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, eerste lid, wordt aangevuld met de woorden "alsook over het beschermingsgebied ervan";

2° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - Het besluit houdende definitieve rangschikking wordt per aangetekende brief toegezonden aan de volgende personen en instellingen:

1° de eigenaars van het gerangschikte goed;

2° de eigenaars van de goederen die in het beschermingsgebied van het gerangschikte goed liggen;

3° de commissie;

4° het bevoegde gemeentecollege voor bekendmaking door aanplakking;

5° het provinciecollege;

6° de Regering van het Waalse Gewest.

De informatieplicht overeenkomstig artikel 9 wordt uitdrukkelijk in die mededeling vermeld."

3° paragraaf 4 wordt opgeheven.

**Art. 7** - In artikel 8.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 14 februari 2011, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2, derde lid, wordt aangevuld met de volgende zin:

"De informatieplicht overeenkomstig artikel 9 wordt uitdrukkelijk in die mededeling vermeld."

2° paragraaf 2, vierde lid, wordt aangevuld met de volgende zin:

"De informatieplicht overeenkomstig artikel 9 wordt uitdrukkelijk in die mededeling vermeld."

3° paragraaf 3 wordt aangevuld met de woorden "en wordt bij uittreksel bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad*".

4° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende:

"§ 4 - Voor de betrokken eigenaars en de overheid is het besluit houdende opname van het beschermingsgebied bindend vanaf de toezending overeenkomstig paragraaf 2; voor derden is het besluit houdende opname van het beschermingsgebied bindend vanaf de bekendmaking ervan in het *Belgisch Staatsblad*."

**Art. 8** - In hetzelfde decreet wordt een artikel 8.2 ingevoegd, luidende:

*"Art. 8.2 - Bindend karakter van de definitieve rangschikking"*

Voor de betrokken eigenaars en de overheid is het besluit houdende definitieve rangschikking bindend vanaf de toezending overeenkomstig artikel 8, § 3; voor derden is het besluit houdende definitieve rangschikking bindend vanaf de bekendmaking ervan in het *Belgisch Staatsblad*."

**Art. 9** - In artikel 9 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, eerste lid, worden de woorden "betekent de eigenaar" vervangen door de woorden "zenden de eigenaars die betrokken zijn bij de definitieve rangschikking van het goed of het beschermingsgebied van dat goed" en worden de woorden "stuurt de eigenaar" vervangen door de woorden "zenden de eigenaars";

2° in paragraaf 1, tweede lid, worden de woorden "wordt de eigenaar" vervangen door de woorden "worden de eigenaars";

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met de woorden "en wordt bij uittreksel bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad*".

**Art. 10** - Artikel 10, § 2, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - De Regering kan van de eigenaar van een voorlopig of definitief gerangschikt goed eisen dat hij werken uitvoert om te voorkomen dat het goed vernield of, naargelang van het geval, beschadigd wordt.

Om onmiddellijke schade aan het beschermde goed, de beschermde archeologische ontdekking, de beschermde archeologische vindplaats of, naargelang van het geval, beschermde archeologische peilingen te voorkomen, kan de Regering de uitvoering eisen van werkzaamheden die vrijgesteld zijn van de verplichting om een vergunning in de zin van artikel 13 in te winnen.

Als de eigenaar de werken niet uitvoert die noodzakelijk zijn om de vernieling of beschadiging van een voorlopig of definitief gerangschikt goed te voorkomen, dan kan de gemeenschap, de provincie of de gemeente overeenkomstig de door de Regering opgelegde voorwaarden in zijn plaats optreden en de voor de instandhouding van het goed noodzakelijke voorzorgsmaatregelen nemen. De gemeente resp. de provincie verkrijgt dan de door de gemeenschap toegekende subsidies.

Indien geen overeenstemming met de eigenaar wordt bereikt, worden de aangegane kosten gedekt door de borgstelling of waarborgstelling overeenkomstig artikel 10.1. De overheden vermeld in het derde lid kunnen de aangegane kosten die niet door de borg of waarborg gedekt zijn, met alle rechtsmiddelen terugvorderen, voor zover ze in het belang van het voorlopig of definitief gerangschikt goed aangegaan werden. Is het goed het eigendom van een privaatrechtelijke persoon en gaat het niet om onderhoudswerken, dan kan die persoon erom verzoeken dat de betrokken overheid haar goed verwerft. In dat geval worden de voor de beschermingsmaatregelen aangegane kosten van de koopprijs afgetrokken."

**Art. 11** - In hetzelfde decreet worden de artikelen 10.1 tot 10.3 ingevoegd, luidende:

*"Art. 10.1 - Borgstelling of waarborgstelling"*

§ 1 - De Regering kan de betrokken eigenaars ertoe verplichten een borg of waarborg te stellen als zekerheidsstelling voor de uitvoering van de werkzaamheden die noodzakelijk zijn om het voorlopig of definitief gerangschikt goed te behouden of om te voorkomen dat het vernield of beschadigd raakt. Het bedrag van de borg of waarborg hangt af van de uit te voeren werkzaamheden.

Naar keuze van de eigenaar bestaat de zekerheidsstelling uit een borgsom in de Deposito- en Consignatiekas of een onafhankelijke bankgarantie of elke andere, door de Regering bepaalde vorm van zekerheidsstelling, en dit ten belope van het bedrag vermeld in de vordering.

Bestaat de zekerheidsstelling uit een betaling in contanten, dan is de eigenaar ertoe verplicht dit bedrag jaarlijks te verhogen met de in het vorige jaar opgebrachte interesten. Bestaat de zekerheidsstelling uit een onafhankelijke bankgarantie, dan moet die uitgegeven worden door een kredietinstelling die erkend is door de Commissie voor het Bank- en Financieuzen of door een autoriteit van een lidstaat van de Europese Unie die bevoegd is om de kredietinstellingen te controleren.

In met redenen omklede gevallen kan de Regering het bedrag van de borg of waarborg aanpassen.

§ 2 - In voorkomend geval kan een borgstelling of waarborgstelling, alsook een hypotheeklegging gevorderd worden bij de bevoegde rechter.

§ 3 - Na het verstrijken van een termijn van drie maanden, te rekenen vanaf de vaststelling dat de door de Regering geëiste werkzaamheden volgens de regels werden uitgevoerd, wordt de zekerheidsstelling vrijgegeven en worden de eventueel opgebrachte interesten terugbetaald. Er kan in een vrijgeving in schijven worden voorzien.

*Art. 10.2 - Ondersteuning voor onderhoudswerken aan definitief gerangschikte goederen*

§ 1 - Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering subsidie toekennen voor onderhoudswerken aan een definitief gerangschikt goed, voor zover een erfgoedvergunning is afgegeven voor die onderhoudswerken.

De aanvrager dient een schriftelijke aanvraag om subsidiëring in bij de Regering, via een door haar vastgelegd formulier. Bij de aanvraag moeten volgende documenten worden gevoegd:

1° een beschrijving in woord en beeld, de ligging en een schets van de geplande handelingen en werkzaamheden, in voorkomend geval met de desbetreffende technische documenten;

2° een kostenraming met het bedrag voor iedere post, met vermelding enerzijds van de werken aan derden die aan gespecialiseerde bedrijven gegund worden en anderzijds van de werken in eigen regie, met vermelding van de materiaalkosten;

3° een afschrift van de stedenbouwkundige vergunning resp., als dat niet noodzakelijk is, de desbetreffende rechtvaardiging.

§ 2 - De subsidie bedraagt 80 % van het voor subsidie in aanmerking komende totale bedrag van de aanneembare kosten, waarbij het maximale bedrag van de subsidie 22.000 euro bedraagt.

De subsidie bedraagt 100 % van het voor subsidie in aanmerking komende totale bedrag van de aanneembare kosten voor materiaal, transport en uitvoeringsmiddelen - waarbij het maximale bedrag van de subsidie 10.000 euro bedraagt - als de werkzaamheden in eigen regie worden uitgevoerd door de aanvrager, door vrijwilligers of door een overheid.

Het maximale bedrag van de subsidies kan vermenigvuldigd worden met een coëfficiënt om het aan de beschikbare begrotingsmiddelen aan te passen.

§ 3 - Na voltooiing van de werkzaamheden zendt de aanvrager de bewijzen voor de aanneembare kosten toe.

De Regering laat door de in artikel 44 bedoelde ambtenaren en personeelsleden ter plaatse controleren of de wijzigingen met de toezegging van de subsidie overeenstemmen. Is deze controle positief, dan wordt de subsidie uitbetaald.

De Regering kan de subsidie geheel of gedeeltelijk terugvorderen, indien binnen twee jaar na de uitbetaling ervan een overtreding van de subsidiëeringsvoorwaarden wordt vastgesteld.

*Art. 10.3 - Verslag over de staat van de definitief gerangschikte goederen*

Voor elk definitief gerangschikt goed kan de Regering een verslag over de staat van dat goed opmaken om de geïntegreerde instandhouding van het goed te waarborgen. Het verslag over de staat van het goed bestaat uit:

1° een gedetailleerd onderzoek van de staat van het goed;

2° een maatregelenpakket met de noodzakelijke onderhouds- en restauratiewerkzaamheden die binnen de komende vijf jaar moeten worden uitgevoerd.

Het verslag over de staat van het goed wordt toegezonden aan de eigenaar van het goed en kan om de vijf jaar aan de laatste stand van zaken worden aangepast.

De Regering legt de overige nadere regels vast."

*Art. 12* - Artikel 12, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de woorden "overeenkomstig artikel 8.2".

*Art. 13* - In artikel 13 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de paragrafen 1 tot 4 worden vervangen als volgt:

"§ 1 - Er is een vergunning vereist voor verbouwingswerken, onderhoudswerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken aan een voorlopig of definitief gerangschikt goed. Dit geldt ook voor het aanbrengen van uithangborden, reclameborden en verlichting.

Onverminderd paragraaf 3, derde lid, is een vergunning vereist voor verbouwingswerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken van goederen die in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed liggen. Dit geldt ook voor het aanbrengen van uithangborden, reclameborden en verlichting.

De Regering geeft daarvoor een erfgoedvergunning af. Aan die vergunning kunnen voorwaarden verbonden zijn.

§ 2 - Elke bouwwillige natuurlijke persoon of rechtspersoon moet bij de Regering per aangetekende brief een erfgoedvergunning aanvragen voor elke geplande verbouwingwerkzaamheid, onderhoudswerkzaamheid of wijziging van de uiterlijke kenmerken van een voorlopig of definitief gerangschikt goed of, naargelang van het geval, voor elke geplande verbouwingwerkzaamheid of wijziging van de uiterlijke kenmerken van goederen die in het beschermingsgebied van dat goed liggen. Daartoe gebruikt hij het door de Regering vastgelegde aanvraagformulier.

Als het bevoegde gemeentecollege een aanvraag voor een stedenbouwkundige vergunning of een aanvraag voor een bebouwingsvergunning ontvangt in verband met een voorlopig of definitief gerangschikt goed of, naargelang van het geval, in verband met een goed dat in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed ligt, stelt dat gemeentecollege de aanvrager schriftelijk ervan in kennis dat hij een erfgoedvergunning moet aanvragen. Het zendt gelijktijdig een afschrift van die kennisgeving aan de Regering.

§ 3 - Bij de schriftelijke aanvraag voor een erfgoedvergunning worden volgende documenten gevoegd:

1° het eigendomsbewijs van het betrokken goed of, als de eigenaar niet de aanvrager is, een schriftelijke toestemming van de eigenaar om de geplande werkzaamheden aan het betrokken goed uit te voeren;

2° een beschrijving van de geplande werkzaamheden, met actuele foto's van het betrokken goed en van de gedeelten van het goed waarop de geplande werkzaamheden betrekking hebben;

3° voor zover ze bestaan, architectuurplannen voor de geplande werkzaamheden.

Binnen vijftien kalenderdagen na ontvangst van de aanvraag voor een erfgoedvergunning vraagt de Regering eventueel ontbrekende of onvolledige documenten of andere, nog niet eerder aangevraagde documenten. Indien de aanvraag volledig is, zendt de Regering een attest daarvan toe aan de aanvrager. Indien het attest niet binnen de gestelde termijn werd toegezonden, wordt de aanvraag als volledig beschouwd.

Indien de aanvraag voor een erfgoedvergunning betrekking heeft op een goed dat in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed ligt, onderzoekt de Regering - binnen vijftien kalenderdagen na ontvangst van de aanvraag - of de aangevraagde verbouwwerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken invloed hebben op de getuigeniswaarde of de uiterlijke kenmerken van het voorlopig of definitief gerangschikt goed of de omgeving ervan. Indien ze geen invloed hebben, kan de Regering beslissen dat geen erfgoedvergunning vereist is. Dat wordt de aanvrager schriftelijk meegedeeld en de aanvraagprocedure wordt beëindigd.

Indien de aanvraagprocedure niet beëindigd werd overeenkomstig het derde lid, vraagt de Regering - nadat ze de volledigheid van het dossier bevestigd heeft of, naargelang van het geval, nadat de termijn vermeld in het tweede lid verstreken is - binnen vijftien kalenderdagen een advies aan bij de commissie en het bevoegde gemeentecollege. Het advies van het gemeentecollege wordt niet aangevraagd als de gemeente zelf aanvrager is.

De commissie en het gemeentecollege brengen advies uit binnen dertig kalenderdagen, te rekenen vanaf de datum waarop de Regering hen de adviesaanvraag heeft toegezonden. Indien binnen die termijn geen advies is ontvangen, wordt ervan uitgegaan dat de commissie of, naargelang van het geval, het gemeentecollege instemt met de erfgoedvergunning. Het gemeentecollege wijst in zijn advies op onverenigbaarheden van het project met bestaande of ontworpen plannen, verordeningen, richtsnoeren of schema's, met toegekende of aangevraagde vergunningen of met andere beslissingen.

Na ontvangst van het laatste advies of, naargelang van het geval, na het verstrijken van de termijn van dertig kalenderdagen heeft de Regering dertig kalenderdagen de tijd om een beslissing over de erfgoedvergunning te nemen. Indien binnen die termijn geen beslissing wordt genomen, dan wordt ervan uitgegaan dat de Regering de erfgoedvergunning toekent.

Zo nodig kan de Regering, alvorens een beslissing te nemen, een bijeenkomst met de betrokken actoren organiseren om uitleg over de aanvraag voor een erfgoedvergunning te krijgen.

De beslissing van de Regering over de aanvraag voor een erfgoedvergunning wordt per aangetekende brief toegezonden aan de volgende personen en instellingen:

1° de aanvrager;

2° de eigenaar van het goed in kwestie, indien hij niet de aanvrager is;

3° het gemeentecollege;

4° de Regering van het Waalse Gewest.

§ 4 - Binnen dertig kalenderdagen na de ontvangst van de beslissing van de Regering kan de aanvrager beroep instellen bij de Regering. Het met redenen omklede beroep wordt per aangetekende brief ingesteld. De Regering heeft dertig kalenderdagen de tijd om uitspraak te doen. Indien de beslissing waarbij uitspraak wordt gedaan niet binnen de gestelde termijn werd toegezonden, wordt ervan uitgegaan dat de in eerste instantie genomen beslissing wordt bevestigd."

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4.1, luidende:

"§ 4.1 - De aanvrager stelt de Regering acht dagen vóór het begin van de werkzaamheden per aangetekende brief in kennis.

De aanvrager plaatst op het betrokken goed, aan de straat, tijdens de hele duur van de werkzaamheden een bekendmaking dat de vergunning toegekend werd; die bekendmaking moet vanop de straat leesbaar zijn.

De Regering legt het model van die bekendmaking vast."

**Art. 14** - In artikel 15 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

"In geval van overdracht van het eigendom van een voorlopig of definitief gerangschikt goed of van een gedeelte daarvan of, naargelang van het geval, in geval van overdracht van het eigendom van een goed of gedeelte van een goed dat in het beschermingsgebied ervan ligt, is de instrumenterende ambtenaar ertoe verplicht, in de akte van overdracht te vermelden dat het betrokken goed voorlopig of definitief gerangschikt is of, naargelang van het geval, in het beschermingsgebied van een gerangschikt goed ligt. Bij de akte van overdracht wordt een afschrift van het besluit houdende rangschikking gevoegd. De instrumenterende ambtenaar informeert onverwijld de Regering en het betrokken gemeentebestuur van de identiteit en het adres van de nieuwe eigenaar van het voorlopig of definitief gerangschikt goed of, naargelang van het geval, van een goed dat in het beschermingsgebied daarvan ligt.";

2° in het derde lid worden de woorden "van een gerangschikt goed" vervangen door de woorden "van een voorlopig of definitief gerangschikt goed of een deel daarvan, resp. van een goed of een deel van een goed dat in het beschermingsgebied daarvan ligt,".

**Art. 15** - In artikel 16 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift worden de woorden "Intrekking van de rangschikking" vervangen door de woorden "Intrekking of herwaardering van de rangschikking";

2° in het eerste lid worden de woorden "in te trekken" vervangen door de woorden "in te trekken of te herwaarderen".

**Art. 16** - In artikel 26, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt tussen de derde en de vierde zin een nieuwe zin ingevoegd, luidende:

"De machtigingsaanvraag wordt ingediend via een door de Regering vastgelegd formulier."

**Art. 17** - Artikel 35, eerste lid, 3°, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de volgende zin, luidende:

"De schadevergoeding wordt alleen toegekend als, na de melding van de toevallige ontdekking, de verplichtingen vermeld in artikel 34, § 2, werden nagekomen."

**Art. 18** - Het opschrift van hoofdstuk VI van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Hoofdstuk VI - Diverse bepalingen"

**Art. 19** - In artikel 42 van hetzelfde decreet wordt het getal "14" vervangen door het getal "15".

**Art. 20** - In hoofdstuk VI van hetzelfde decreet wordt een artikel 42.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 42.1 - *Controle van de subsidies*

De aanwending van de ter uitvoering van dit decreet toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof."

**Art. 21** - In hetzelfde decreet wordt, na hoofdstuk VI, een hoofdstuk VII ingevoegd, dat de artikelen 43 tot 46.8 bevat, luidende:

"Hoofdstuk VII - Overtredingen en strafmaatregelen"

**Art. 22** - In artikel 43 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 14 februari 2011, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de bepalingen onder 2° tot 7° vervangen als volgt:

"2° de instrumenterende ambtenaar die in de akte van overdracht niet heeft vermeld dat het betrokken goed voorlopig of definitief gerangschikt is of in het beschermingsgebied van een gerangschikt goed ligt, zoals bepaald in artikel 15;

3° wie verbouwingswerken, onderhoudswerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken uitvoert aan een voorlopig of definitief gerangschikt goed of verbouwingswerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken uitvoert aan goederen die in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed liggen, zonder de erfgoedvergunning vermeld in artikel 13, na verval of schorsing van de erfgoedvergunning of in strijd met de daarin vervatte voorschriften, resp. zonder de beslissing vermeld in artikel 13, § 3, derde lid, waarbij vrijstelling wordt verleend van de verplichting om een erfgoedvergunning te hebben;

4° wie verbouwingswerken, onderhoudswerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken behoudt aan een voorlopig of definitief gerangschikt goed of verbouwingswerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken behoudt aan goederen die in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed liggen, terwijl die werken of wijzigingen werden uitgevoerd zonder de erfgoedvergunning vermeld in artikel 13, na verval of schorsing van de erfgoedvergunning of in overtreding van de daarin vervatte voorschriften;

5° wie in overtreding van een definitieve rechterlijke beslissing verbouwingswerken uitvoert of behoudt aan een voorlopig of definitief gerangschikt goed;

6° wie het begin van de werkzaamheden niet ter kennis brengt overeenkomstig artikel 13, § 4.1, en artikel 46.7, § 4;

7° wie de bekendmaking vermeld in artikel 13, § 4.1, niet uitvoert;

8° wie binnen een in de inventaris opgenomen archeologische vindplaats wijzigingen aanbrengt zonder de in artikel 25.1 vermelde vergunning, na schorsing van de vergunning of in overtreding van de voorschriften ervan;

9° wie binnen een in de inventaris opgenomen archeologische vindplaats wijzigingen behoudt die werden aangebracht zonder de in artikel 25.1 vermelde vergunning, na schorsing van de vergunning of in overtreding van de voorschriften ervan;

10° wie archeologische peilingen of opgravingen uitvoert zonder de in artikel 26 bedoelde machtiging of in overtreding van de voorschriften ervan;

11° wie een elektronische of magnetische detector gebruikt in overtreding van het in artikel 29 bepaalde verbod;

12° wie de verplichtingen vermeld in artikel 34 niet nakomt."

2° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Onverminderd de bepalingen van het Strafwetboek kunnen de overtredingen vermeld in het eerste lid ten laste gelegd worden van de volgende personen:

1° de dader;

2° de eigenaar van het betrokken goed die het initiatief ertoe genomen heeft, ze toegestaan heeft of ze geduld heeft."

**Art. 23** - Artikel 44 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De processen-verbaal van vaststelling worden, binnen vijftien kalenderdagen nadat ze zijn opgemaakt, per aangetekende brief toegezonden aan de volgende personen en instellingen:

1° de dader, d.i. naargelang van het geval:

a) de bouwheer of

b) de natuurlijke persoon of rechtspersoon die de werkzaamheden uitvoert, of

c) de persoon die het betrokken goed gebruikt;

2° de eigenaar van het betrokken goed, indien hij niet de dader is;

3° de procureur des Konings;

4° het gemeentecollege;

5° de Regering van het Waalse Gewest."



**Art. 24** - In hetzelfde decreet wordt een artikel 45.1 ingevoegd, luidende:

*"Art. 45.1 - Waarschuwing voordat proces-verbaal wordt opgesteld*

Bij een overtreding als vermeld in artikel 43 kunnen de ambtenaren en personeelsleden bedoeld in artikel 44 een waarschuwing richten aan de dader of aan de eigenaar van het betrokken goed en een termijn toekennen waarbinnen de overtreding ongedaan moet worden gemaakt.

Als de waarschuwing mondeling wordt gegeven, wordt ze binnen vijftien kalenderdagen per aangetekende brief bevestigd door de ambtenaar/het personeelslid die/dat de waarschuwing heeft gegeven.

Na het verstrijken van de termijn vermeld in het eerste lid wordt overeenkomstig artikel 44 een proces-verbaal van vaststelling opgesteld."

**Art. 25** - In artikel 46 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 14 februari 2011, wordt het eerste tot vierde lid vervangen als volgt:

"De in artikel 44 bedoelde ambtenaren en personeelsleden kunnen ter plaatse de staking van de werken, van het gebruik van het gebouw of van handelingen gelasten wanneer zij vaststellen dat:

1° deze niet in overeenstemming zijn met de verleende erfgoedvergunning overeenkomstig artikel 13, de verleende vergunning voor veranderingswerken op archeologische vindplaatsen overeenkomstig artikel 25.1 of de verleende machtiging tot het uitvoeren van archeologische peilingen of opgravingen overeenkomstig artikel 26;

2° deze zijn uitgevoerd zonder erfgoedvergunning overeenkomstig artikel 13, zonder vergunning voor veranderingswerken op archeologische vindplaatsen overeenkomstig artikel 25.1 of zonder machtiging tot het uitvoeren van archeologische peilingen of opgravingen overeenkomstig artikel 26 of in overtreding van de bepalingen van dit decreet;

3° toevallige ontdekkingen zijn gedaan die niet overeenkomstig artikel 34, § 1, gemeld werden of waarbij de verplichtingen vermeld in artikel 34, § 2, niet nagekomen werden.

Onverminderd artikel 35 worden de eventuele kosten die de betrokkene daartoe heeft gemaakt, niet vergoed. Zodra het bevel is gegeven, wordt een proces-verbaal van vaststelling van de overtreding opgesteld.

Op straffe van nietigheid moet het bevel binnen zeven kalenderdagen door de Regering worden bekrachtigd.

Het proces-verbaal van vaststelling en de bekrachtigingsbeslissing worden per aangetekende brief toegezonden aan de volgende personen en instellingen:

1° de dader, d.i. naargelang van het geval:

a) de bouwheer of

b) de natuurlijke persoon of rechtspersoon die de werkzaamheden uitvoert, of

c) de persoon die het betrokken goed gebruikt;

2° de eigenaar van het betrokken goed, indien hij niet de dader is;

3° de procureur des Konings;

4° het gemeentecollege;

5° de Regering van het Waalse Gewest.

De betrokkene kan in kort geding de opheffing van de maatregelen vorderen; de vordering wordt gebracht vóór de voorzitter van de rechtbank van eerste aanleg van het rechtsgebied waar de werkzaamheden en handelingen uitgevoerd worden. Deel IV, boek II, titel VI, van het Gerechtelijk Wetboek is van toepassing op de indiening en het onderzoek van de aanvraag."

**Art. 26** - In hetzelfde decreet worden de artikelen 46.1 tot 46.8 ingevoegd, luidende:

*"Art. 46.1 - Maatregelen nadat proces-verbaal is opgesteld*

Indien de procureur des Konings binnen zestig kalenderdagen na de aan hem gerichte aanvraag niet heeft meegedeeld dat hij van plan is om de vastgestelde overtreding strafrechtelijk te vervolgen, kan de Regering:

1° de procedure voor het conformiteitsonderzoek overeenkomstig artikel 46.2 instellen of

2° administratieve maatregelen nemen overeenkomstig artikel 46.3 en/of direct een administratieve geldboete opleggen overeenkomstig artikel 46.4.

*Art. 46.2 - Conformiteitsonderzoek en vergelijk*

§ 1 - Indien de Regering beslist om de procedure inzake conformiteitsonderzoek overeenkomstig artikel 46.1 in te stellen, manen de ambtenaren en personeelsleden bedoeld in artikel 44 de dader en in voorkomend geval de eigenaar van het betrokken goed aan om binnen een door hen vastgestelde termijn een aanvraag voor een conformiteitsonderzoek in te dienen. Daarbij is, naargelang van het geval, de procedure van toepassing die geldt voor aanvragen van een erfgoedvergunning overeenkomstig artikel 13, van een vergunning voor veranderingswerken op archeologische vindplaatsen overeenkomstig artikel 25.1 of van een aanvraag tot machtiging tot het uitvoeren van archeologische peilingen of opgravingen overeenkomstig artikel 26.

De aanmaning kan een voorstel bevatten om de overeenkomstig artikel 43 onwettig uitgevoerde veranderingen of werkzaamheden aan te passen; in de in te dienen aanvraag wordt rekening gehouden met dat voorstel.

In de ingediende aanvraag wordt erop gewezen dat het gaat om een aanvraag voor een conformiteitsonderzoek in de zin van dit artikel.

§ 2 - In haar conformiteitsbeslissing kan de Regering vaststellen dat de overeenkomstig artikel 43 onwettig uitgevoerde veranderingen of werkzaamheden:

1° naderhand kunnen worden goedgekeurd in onveranderde vorm, in voorkomend geval met inachtneming van de voorwaarden vervat in de conformiteitsbeslissing;

2° naderhand kunnen worden goedgekeurd, op voorwaarde dat aanpassingswerken worden uitgevoerd, in voorkomend geval met inachtneming van de voorwaarden vervat in de conformiteitsbeslissing;

3° niet naderhand kunnen worden goedgekeurd.

§ 3 - In het geval vermeld in paragraaf 2, 1°, stelt de Regering een vergelijk voor. Het vergelijk wordt getroffen door betaling van een geldsom overeenkomstig de berekening vastgelegd in paragraaf 9.

De Regering bepaalt binnen welke termijn de geldsom betaald moet worden, waarbij die termijn niet meer dan twaalf maanden mag bedragen. De transactiesom wordt betaald ten gunste van de Duitstalige Gemeenschap.

Zodra de transactiesom ontvangen is, gaat de conformiteitsbeslissing in kracht van gewijsde en wordt ze beschouwd als een vergunning of een machtiging overeenkomstig de artikelen 13, 25.1 of 26.

Door de betaling van de transactiesom vervallen de publieke rechtsoverdracht en het recht van de Regering om nog enige verdere schadevergoeding voor de betrokken overtreding te eisen.

§ 4 - In het geval vermeld in paragraaf 2, 2°, stelt de Regering een vergelijk voor. Het vergelijk wordt getroffen door betaling van een geldsom overeenkomstig de berekening vastgelegd in paragraaf 9 en de uitvoering van de aanpassingswerken.

De Regering bepaalt binnen welke termijn de geldsom betaald moet worden en binnen welke termijn de aanpassingswerken moeten worden uitgevoerd, waarbij die termijn niet meer dan twaalf maanden mag bedragen. De transactiesom wordt betaald ten gunste van de Duitstalige Gemeenschap.

De aanvrager stelt de Regering ervan in kennis dat de uit te voeren aanpassingswerken voltooid zijn en dit binnen vijftien dagen na de vermelde voltooiing. De conformiteit van de aanpassingswerken wordt gecontroleerd binnen zestig kalenderdagen nadat de Regering de kennisgeving ontvangen heeft. Indien de conformiteit niet binnen de gestelde termijn wordt gecontroleerd, worden de aanpassingswerken als conform beschouwd.

Vanaf de ontvangst van de transactiesom en op overlegging van het conformiteitsattest van de uit te voeren aanpassingswerken of, naargelang van het geval, na het verstrijken van de termijn voor de uitvoering van de conformiteitscontrole gaat de conformiteitsbeslissing in kracht van gewijsde en wordt ze beschouwd als een vergunning of een machtiging overeenkomstig de artikelen 13, 25.1 of 26.

Door de betaling van de transactiesom en de conforme uitvoering van de aanpassingswerken vervallen de publieke rechtsvordering en het recht van de Regering om nog enige verdere schadevergoeding voor de betrokken overtreding te eisen.

§ 5 - In het geval vermeld in paragraaf 2, 3°, vordert de Regering de volledige of gedeeltelijke herstelling in de oorspronkelijke staat binnen een door haar gestelde termijn, waarbij die termijn niet meer dan twaalf maanden mag bedragen.

§ 6 - De conformiteitsbeslissing wordt per aangetekende brief toegezonden aan de volgende personen en instellingen:

- 1° de aanvrager;
- 2° de eigenaar van het betrokken goed, indien hij niet de aanvrager is;
- 3° de procureur des Konings;
- 4° het gemeentecollege;
- 5° de Regering van het Waalse Gewest.

§ 7 - Binnen dertig kalenderdagen na de ontvangst van de conformiteitsbeslissing kan de aanvrager beroep instellen bij de Regering. Het met redenen omklede beroep wordt per aangetekende brief ingesteld. De Regering heeft dertig kalenderdagen de tijd om uitspraak te doen. Indien de beslissing waarbij uitspraak wordt gedaan niet binnen de gestelde termijn werd toegezonden, wordt ervan uitgegaan dat de in eerste instantie genomen beslissing wordt bevestigd.

§ 8 - Elke aanvraag om een vergunning of een machtiging overeenkomstig de artikelen 13, 25.1 of 26 die betrekking heeft op handelingen of werken waarvoor een proces-verbaal van vaststelling overeenkomstig de artikelen 44 of 46 toegezonden werd en die niet ingediend werd in het kader van een conformiteitsonderzoek overeenkomstig dit artikel, wordt niet-ontvankelijk verklaard tot:

- 1° overeenkomstig de paragrafen 3 of 4 een conformiteitsbeslissing in kracht van gewijsde is gegaan;
- 2° de uitvoering van administratieve maatregelen overeenkomstig artikel 46.3 door de Regering bevestigd werd;
- 3° de betaling van een administratieve geldboete overeenkomstig artikel 46.4 door de Regering bevestigd werd;
- 4° overeenkomstig artikel 46.7 een vonnis geveld werd dat in kracht van gewijsde is gegaan.

§ 9 - De transactiesom vermeld in de paragrafen 3 en 4 wordt als volgt berekend, zonder dat dit bedrag minder dan 250 euro of meer dan 25.000 euro mag bedragen:

- 1° het bouwen, herbouwen of uitbreiden van gebouwen bestemd voor bewoning, gebouwen voor landbouwdoeleinden, aanhorigheden, bijgebouwen of afzonderlijke nevenvolumes zoals kelder verdiepingen, garages, veranda's, serres, tuinhuizen, dierhutten: 50 euro per m<sup>3</sup>, buitenmaats gemeten;
- 2° het bouwen, herbouwen of uitbreiden van gebouwen voor industriële, handels-, beroeps- of kantoordoeleinden: 100 euro per m<sup>3</sup>, buitenmaats gemeten;
- 3° het plaatsen van vaste installaties: 200 euro per m<sup>2</sup> grondinneming of 200 euro per strekkende meter in de hoogte berekend, met aanrekening van het hoogste bedrag;
- 4° het plaatsen van uithangborden, reclameborden of -zuilen: 200 euro per m<sup>2</sup>;
- 5° afbraak: 50 euro per m<sup>2</sup> grondinneming;
- 6° het verbouwen van een reeds gebouwd of nog te bouwen gebouw waarbij de draagstructuren worden veranderd: 500 euro;
- 7° het verbouwen van een reeds gebouwd of nog te bouwen gebouw waarbij de volumetrie gewijzigd wordt: 50 euro per m<sup>3</sup>, buitenmaats gemeten;
- 8° wijziging van het aanzicht van de dakmaterialen of bekleding van de opgaande muren: 200 euro per m<sup>2</sup>;
- 9° het aanbrengen, wijzigen of dichtten van dak- of muuropeningen: 500 euro per opening;
- 10° het vervangen van deuren of ramen: 500 euro per deur of per raam;
- 11° de merkelijke wijziging van het reliëf van de bodem, met inbegrip van het aanleggen van dammen of het uitgraven van holtes: 20 euro per m<sup>3</sup>;
- 12° het bebossen en ontbossen: 20 euro per m<sup>2</sup> beboste of ontboste oppervlakte;
- 13° het omhakken van bomen of hagen: 500 euro per boom of 50 euro per strekkende meter haag;
- 14° wijziging van het silhouet van bomen of hagen: 250 euro per boom of 25 euro per strekkende meter haag;
- 15° het rooien of het aanbrengen van wijzigingen in de beplanting: 50 euro per m<sup>2</sup> gerooide of gewijzigde oppervlakte;
- 16° het opslaan van afgedankte wagens: 200 euro per voertuig;
- 17° het opstapelen van schroot, materialen of afvalstoffen: 50 euro per m<sup>3</sup>;
- 18° het plaatsen van mobiele installaties zoals woonwagens, caravans of tenten: 200 euro per installatie;
- 19° het optrekken van muren: 200 euro per strekkende meter;
- 20° het plaatsen van afsluitingen: 200 euro per strekkende meter;
- 21° het aanbrengen van portieken of hekjes: 500 euro per portaal of hekje;
- 22° het verwezenlijken van kunstwerken zoals bruggen, tunnels, wegen, leidingen: 20 % van de geschatte kostprijs van de werken;
- 23° het niet-aanvragen van een vergunning of machtiging overeenkomstig de artikelen 13, 25.1 of 26: 250 euro;

24° de uitvoering van handelingen of werken die niet vermeld worden in de bepalingen onder 1° tot 24°: minstens 250 euro tot hoogstens 25.000 euro.

De bedragen vermeld in het eerste lid worden op 1 januari van elk jaar aan de ontwikkeling van het indexcijfer van de consumptieprijzen aangepast. Die aanpassing mag er niet toe leiden dat het bedrag van 25.000 euro wordt overschreden.

De bedragen vermeld in het eerste lid worden van een coëfficiënt 0,5 voorzien, wanneer het gaat om goederen die in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief goed liggen.

*Art. 46.3 - Administratieve maatregelen nadat proces-verbaal is opgesteld*

§ 1 - Indien de Regering beslist om administratieve maatregelen te nemen overeenkomstig artikel 46.1, kan ze - op voorstel van de ambtenaar of het personeelslid dat het proces-verbaal opstelt en onverminderd de andere maatregelen bepaald in dit hoofdstuk:

1° de volledige of gedeeltelijke herstelling in de oorspronkelijke staat of, naargelang van het geval, de uitvoering van wijzigingsmaatregelen bevelen binnen een door haar vastgestelde termijn, zonder dat die termijn meer dan twaalf maanden mag bedragen;

2° het betrokken goed verzegelen en, indien nodig, onmiddellijk sluiten;

3° elke andere nuttige maatregel nemen om schade aan het beschermde goed, een archeologisch goed, een archeologische vindplaats of een archeologische peiling weg te werken of te verhinderen.

De beslissing van de Regering wordt beschouwd als een vergunning of een machtiging overeenkomstig de artikelen 13, 25.1 of 26.

§ 2 - Indien de Regering beslist om administratieve maatregelen te nemen, deelt ze de dader per aangetekende brief het volgende mee:

1° de daden en de kwalificatie ervan;

2° dat de dader zijn verweermiddelen naar voren kan brengen binnen een termijn van vijftien kalenderdagen die ingaat vanaf de dag van de kennisgeving per aangetekende brief en dat hij daarbij het recht heeft om de Regering om een mondelinge verdediging te verzoeken;

3° dat de dader het recht heeft zich door een raadsman te laten bijstaan of te laten vertegenwoordigen;

4° dat de dader recht op inzage in het dossier heeft;

5° een afschrift van het proces-verbaal van vaststelling.

De Regering bepaalt de dag waarop de dader verzocht wordt zich mondeling te verdedigen.

§ 3 - De Regering kan de administratieve maatregel opleggen na het verstrijken van de termijn bepaald in § 2, 2°, of - als de dader meedeelt dat hij de daden niet betwist of als de overtreder of diens raadsman de zaak mondeling of schriftelijk heeft verdedigd - vóór het verstrijken van die termijn.

§ 4 - De beslissing van de Regering wordt per aangetekende brief toegezonden aan de volgende personen en instellingen:

1° de dader, d.i. naargelang van het geval:

a) de bouwheer of

b) de natuurlijke persoon of rechtspersoon die de werkzaamheden uitvoert, of

c) de persoon die het betrokken goed gebruikt;

2° de eigenaar van het betrokken goed, indien hij niet de dader is;

3° de procureur des Konings;

4° het gemeentecollege;

5° de Regering van het Waalse Gewest.

§ 5 - Binnen dertig kalenderdagen na toezending van de beslissing kan de dader bij verzoekschrift beroep instellen bij de correctionele rechtbank. Het verzoekschrift bevat de identiteit en het adres van de overtreder, de benaming van de aangevochten beslissing en de desbetreffende grieven.

De correctionele rechtbank beslist over de rechtmatigheid van de administratieve maatregel die werd bevolen.

§ 6 - Als de dader de maatregelen die noodzakelijk zijn om het goed te beschermen niet binnen de gestelde termijn uitvoert, kan de Regering de bevolen maatregel van ambtswege uitvoeren ten laste van de dader.

De Regering kan de dader ertoe verplichten overeenkomstig de nadere regels vervat in artikel 10.1 een borg of waarborg te stellen als zekerheidsstelling voor de uit te voeren werkzaamheden.

*Art. 46.4 - Opleggen van administratieve geldboeten*

§ 1 - De vastgestelde overtredingen worden vervolgd door administratieve geldboeten op te leggen, behalve indien:

1° de procureur des Konings binnen zestig kalenderdagen na de aan hem gerichte aanvraag niet heeft meegedeeld dat hij van plan is om de vastgestelde overtreding strafrechtelijk te vervolgen;

2° overeenkomstig artikel 46.2, §§ 3 of 4, een conformiteitsbeslissing in kracht van gewijsde is gegaan.

De strafrechtelijke vervolging en het vergelijk sluiten de oplegging van een administratieve geldboete allebei uit.

§ 2 - De administratieve geldboete bedraagt minstens 250 euro en hoogstens 50.000 euro.

Indien binnen vijf jaar na opmaak van het proces-verbaal van vaststelling een nieuwe overtreding wordt vastgesteld, wordt de geldboete vermeld in het eerste lid verdubbeld.

§ 3 - Vanaf de ontvangst van het proces-verbaal van vaststelling van de overtreding of, naargelang van het geval, vanaf het verstrijken van de termijn vermeld in artikel 46.2, § 1, § 3, tweede lid, of § 4, tweede lid, heeft de Regering zes maanden de tijd om een administratieve geldboete op te leggen.

§ 4 - Indien de Regering beslist om een administratieve procedure in te stellen, deelt ze de overtreder per aangetekende brief het volgende mee:

1° de daden en de kwalificatie ervan;

2° dat de overtreder zijn verweermiddelen naar voren kan brengen binnen een termijn van vijftien kalenderdagen die ingaat vanaf de dag van de kennisgeving per aangetekende brief en dat hij daarbij het recht heeft om de Regering om een mondelinge verdediging te verzoeken;

3° dat de overtreder het recht heeft zich door een raadsman te laten bijstaan of te laten vertegenwoordigen;

4° dat de overtreder recht op inzage in het dossier heeft;

5° een afschrift van het proces-verbaal van vaststelling.

De Regering bepaalt de dag waarop de overtreder verzocht wordt zich mondeling te verdedigen.

§ 5 - De Regering kan de administratieve geldboete opleggen na het verstrijken van de termijn bepaald in § 4, 2°, of - als de overtreder meedeelt dat hij de daden niet betwist of als de overtreder of diens raadsman de zaak mondeling of schriftelijk heeft verdedigd - vóór het verstrijken van die termijn.

De Regering brengt haar beslissing per aangetekende brief ter kennis van de overtreder.

De kennisgeving bevat ook de inlichtingen vermeld in artikel 9, § 1, artikel 10 en artikel 12 van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

§ 6 - De beslissing om een administratieve geldboete op te leggen is uitvoerbaar na het verstrijken van een termijn van dertig kalenderdagen die ingaat vanaf de dag van kennisgeving, tenzij overeenkomstig § 7 beroep wordt ingesteld.

De administratieve geldboete wordt geïnd ten gunste van de Duitstalige Gemeenschap.

De administratieve geldboete wordt vereffend binnen dertig kalenderdagen na de dag waarop de beslissing uitvoerbaar is geworden, door betaling of overschrijving op een rekening van de Regering aan de hand van een betalings- of overschrijvingsformulier.

De opgelegde administratieve geldboete is niet fiscaal aftrekbaar.

§ 7 - Binnen dertig kalenderdagen na kennisgeving van de beslissing kan de overtreder bij verzoekschrift beroep instellen bij de correctionele rechtbank. Het verzoekschrift bevat de identiteit en het adres van de overtreder, de benaming van de aangevochten beslissing en de desbetreffende grieven.

De correctionele rechtbank beslist over de rechtmatigheid en de evenredigheid van de opgelegde geldboete. Ze kan de beslissing van de Regering ofwel bevestigen, ofwel wijzigen.

Tegen de beslissing van de correctionele rechtbank kan geen hoger beroep worden ingesteld.

#### *Art. 46.5 - Invordering van de administratieve geldboeten*

De Regering wijst de personen aan die belast zijn met de invordering van de onbetwiste en opeisbare administratieve geldboeten en eventuele invorderingskosten.

De personen vermeld in het eerste lid zijn bevoegd om:

- 1° een betalingsbevel uit te vaardigen;
- 2° het betalingsbevel te viseren, uitvoerbaar te verklaren en, in voorkomend geval, bij exploit van een gerechtsdeurwaarder aan de overtreder te betekenen;
- 3° de schuldenaars die een bijzondere noodsituatie kunnen aantonen, uitstel van betaling of gespreide betalingen toe te staan.

#### *Art. 46.6 - Verjaring van de administratieve geldboeten*

De administratieve geldboeten verjaren na verloop van vijf jaar, te rekenen vanaf de datum waarop ze betaald moeten worden.

Die termijn kan gestuit worden, ofwel zoals bepaald in de artikelen 2244 en volgende van het Burgerlijk Wetboek, ofwel door afstand van de verkregen verjaring. Indien de verjaring gestuit wordt, gaat - vijf jaar na de laatste handeling met stuiting van de vorige verjaring - een nieuwe verjaring in die op dezelfde wijze kan worden gestuit als er geen geding aanhangig is.

#### *Art. 46.7 - Gerechtelijke vervolging*

§ 1 - Ongeacht de andere, in dit hoofdstuk bepaalde maatregelen kan de Regering voor de overtredingen vermeld in artikel 43 voor de correctionele rechtbank vorderen dat:

- 1° het goed in zijn oorspronkelijke staat wordt hersteld;
- 2° aanpassingswerken uitgevoerd worden.

Op verzoek van de Regering beveelt de rechtbank in aanvulling op de straf de gevorderde teruggavemaatregel. De rechtbank bepaalt daartoe een termijn die niet meer dan twaalf maanden mag bedragen.

De rechten van de burgerlijke partij beperken zich tot de door de Regering gekozen maatregel, onverminderd het recht op schadevergoeding ten laste van de veroordeelde.

§ 2 - Indien de procureur des Konings binnen zestig kalenderdagen na de aan hem gerichte aanvraag niet heeft meegedeeld dat hij van plan is om de vastgestelde overtreding strafrechtelijk te vervolgen, kan de Regering betreffende de overtredingen vermeld in artikel 43 voor de burgerlijke rechtbank vorderen dat:

- 1° het goed in zijn oorspronkelijke staat wordt hersteld;
- 2° aanpassingswerken uitgevoerd worden.

Op verzoek van de Regering beveelt de rechtbank de gevorderde teruggavemaatregel. De rechtbank bepaalt daartoe een termijn die niet meer dan twaalf maanden mag bedragen.

De rechten van de benadeelde derde die ofwel samen met de Regering ofwel apart handelt, beperken zich tot de door de Regering gekozen maatregel, onverminderd het recht op schadevergoeding ten laste van de veroordeelde.

§ 3 - Onverminderd de toepassing van hoofdstuk XXIII van Boek IV van het vierde deel van het Gerechtelijk Wetboek beveelt het vonnis dat, wanneer de plaats niet in haar oorspronkelijke staat wordt hersteld of wanneer de aanpassingswerken niet binnen de voorgeschreven termijn worden uitgevoerd, de Regering en eventueel de burgerlijke partij van ambtswege voor de uitvoering van het vonnis kunnen zorgen.

De Regering of de burgerlijke partij die het vonnis ten uitvoer legt, heeft het recht om de na het herstel van de plaats overblijvende materialen en voorwerpen te verkopen, te vervoeren, op te slaan en te vernietigen op een plaats die ze zelf kiezen.

De veroordeelde is gedwongen tot de terugbetaling van alle uitvoeringskosten, na aftrek van de verkoopprijs van de materialen en voorwerpen, op vertoon van een geschatte staat. Die straf wordt uitgevoerd door de beslagrechter.

§ 4 - De veroordeelde stelt de Regering acht dagen vóór het begin van de werkzaamheden per aangetekende brief in kennis.

De veroordeelde plaatst op het betrokken goed, aan de straat, tijdens de hele duur van de werkzaamheden een bekendmaking dat de werkzaamheden op grond van dit artikel worden uitgevoerd; die bekendmaking moet vanop de straat leesbaar zijn.

De Regering legt het model van die bekendmaking vast.

*Art. 46.8 - Inschrijving op het hypotheekkantoor*

De dagvaarding voor de correctionele rechtbank met toepassing van artikel 46.7, § 1, of het deurwaardersexploot tot inleiding van het geding met toepassing van artikel 46.7, § 2, wordt op initiatief van de deurwaarder die het exploot heeft opgemaakt, ingeschreven op het hypotheekkantoor van het gebied waar het goed gelegen is.

De dagvaarding of het exploot vermeldt de kadastrale omschrijving van het betrokken goed dat het voorwerp van de overtreding is, en identificeert de eigenaar ervan in de vorm bepaald in artikel 139 van de hypotheekwet van 16 december 1851.

Het volgende wordt in de rand van de ingeschreven dagvaarding of van het ingeschreven exploot vermeld op de wijze voorgeschreven bij artikel 84 van de hypoteekwet van 16 december 1851:

1° iedere in de zaak gewezen beslissing;

2° het certificaat van de Regering waarbij wordt vastgesteld dat:

a) het vonnis uitgevoerd is;

b) overeenkomstig artikel 46.2, § 3 of 4, een conformiteitsbeslissing in kracht van gewijsde is gegaan;

c) de dader de administratieve maatregelen overeenkomstig artikel 46.3 heeft uitgevoerd.

Wanneer de Regering of derden wegens het in gebreke blijven van de veroordeelde genoopt zijn in de tenuitvoerlegging van het vonnis te voorzien, wordt de daaruit te hunnen bate voortvloeiende schuldvordering gewaarborgd door een wettelijke hypotheek, die ingeschreven, vernieuwd, verminderd of geheel of gedeeltelijk doorgehaald wordt overeenkomstig het bepaalde in de hoofdstukken IV en V van de hypotheekwet van 16 december 1851.

Die waarborg dekt ook de schuldvordering ten gevolge van de kosten der hypothecaire formaliteiten, die door hen zijn voorschoten en die ten laste van de veroordeelde komen."

**Art. 27** - In hetzelfde decreet wordt, na hoofdstuk VII, een hoofdstuk VIII ingevoegd, dat de artikelen 47 tot 55 bevat, luidende:

"HOOFDSTUK VIII - Slotbepalingen"

**Art. 28** - In artikel 53 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste en het tweede lid worden § 1, eerste lid en tweede lid;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

" § 2 - De op 31 maart 2018 aanhangige procedures worden voortgezet overeenkomstig de toen geldende bepalingen."

**Art. 29** - Dit decreet treedt in werking op 1 april 2018.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 26 februari 2018.

O. PAASCH,  
De Minister-President

I. WEYKMANS,  
De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS,  
De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS,  
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2017-2018

Parlementaire stukken: 199 (2017-2018) Nr. 1 Ontwerp van decreet

199 (2017-2018) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

199 (2017-2018) Nr. 3 Verslag

Integraal verslag: 26 februari 2018 - Nr. 49 Bespreking en aanneming